

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigezahlte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

An die Mitglieder unseres Verbandes.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Wirtschaftskrise hat Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Einkommensverminderung und damit unermeßliche Not und Entbehrung für einen großen Teil unserer Mitglieder gebracht. Diese Not galt es zu lindern. Durch die Solidarität der Verbandsmitglieder war es möglich, von Januar 1930 bis Ende März 1932 die Summe von 24 Millionen Mark den unterstützungsbedürftigen Mitgliedern zuzuführen. Wahre und praktische Solidarität der Mitglieder hat es ermöglicht, die in Not Geratenen zu unterstützen. Der Fleiß und die Aufopferung der Vertrauensleute und Funktionäre des Verbandes haben den Gedanken der Zusammengehörigkeit und der Klassensolidarität gefördert.

Wir rechnen damit, daß durch die Bemühungen unserer Gewerkschaften Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Einschränkungen erfahren. Die verantwortlichen Regierungsstellen müssen unsere Vorschläge auf Arbeitsbeschaffung anerkennen. Die kapitalistische Weltwirtschaft, die undurchsichtigen, politischen Verwicklungen zwischen den Völkern und in Deutschland lassen eine vollständige Beseitigung der Weltwirtschaftskrise zunächst nicht zu. Auf absehbare Zukunft ist noch mit starker Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu rechnen. Eine steigende Inanspruchnahme der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes ist die Folge.

Die Ausgaben unseres Verbandes für die in Not geratenen Mitglieder übersteigen seit längerer Zeit die Einnahmen.

Der Verband muß aber in der Lage sein, auch in Zukunft Arbeitslose, Kranke und Invalide zu unterstützen, ohne daß dadurch die Reserven übermäßig in Anspruch genommen werden. Er muß auch für die bei einer Wirtschaftsebebung zu erwartenden Arbeitskämpfe gerüstet bleiben. Die Verbandsinstanzen (Hauptvorstand, Ausschuß und Beirat) haben sich deshalb zu Beschlüssen veranlaßt, die die Leistungen des Verbandes auch für die Zukunft gewährleisten. Den noch in Arbeit befindlichen Mitgliedern konnte eine Mehrbelastung durch Beitragserhöhung nicht zugemutet werden, und auch die bisherige und eine abermals erfolgte Minderung der Bezüge der Verbandsangestellten und auch sonstige Einschränkungen und Sparsmaßnahmen reichen bei weitem nicht aus, den erforderlichen Ausgleich herbeizuführen. Es war daher nicht zu umgehen, die Unterstützungsfälle aller Art herabzusetzen. Die Mitglieder des Hauptvorstandes, des Ausschusses und des Beirats waren sich bei ihren dahingehenden Beschlüssen wohl bewußt, daß diese Kürzungen eine weitere schmerzliche Einschränkung für die Unterstützungsbezieher bedeuten. Sie waren auch der einmütigen Auffassung, daß diese Beschlüsse im Interesse aller Mitglieder des Verbandes eine zwingende Notmaßnahme darstellen. Bei Besserung der Verhältnisse soll eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Korrektur dieser Beschlüsse erfolgen.

Unter besonderem Hinweis auf die einmütige Auffassung der Verbandsinstanzen glaubt sich der Hauptvorstand zu der Auffassung berechtigt, daß auch alle Verbandsmitglieder Verständnis für diese Notmaßnahme aufbringen. Die wirtschaftliche Not und der gehässige Kampf der Gewerkschaftsgegner hat Hoffnungen auf Zerstörung unseres Verbandes ausgelöst. Die Gegner sind enttäuscht. Unsere Funktionäre und Mitglieder wissen, daß die an ihrer Not Schuldigen auch die Gegner des Verbandes sind. Weil das so ist, darf erwartet werden, daß alle Mitglieder zu verstärkter Arbeit für den Verband übergehen. Nach wie vor ist größter Wert auf die Ausschöpfung und Sicherung der Arbeiterrechte und Tarifverträge zu legen.

Solidarität ist Pflicht! Solidarität erfordert auch in der schlimmsten Zeit unerschütterliche Treue zum Verband. Solidarität erfordert trotz aller Schwierigkeiten das Wirken aller Mitglieder für den Verband.

Der Hauptvorstand.

Die 13. Tagung des Verbandsbeirats. Notmaßnahmen zum Verbandsstatut.

Die Erwerbslosen-Unterstützung wird um 25 Prozent gemindert, die Wartezeit wird von 72 auf 78 Wochen erhöht.

Zu § 9 (Beiträge) Absatz 3 wurde beschlossen: Der ganze letzte Satz: Für männliche Mitglieder usw., wird gestrichen.

Für den Bezug von Erwerbslosen-Unterstützung bei Invaliddität ist dem § 16 folgender neue Absatz als Ziffer 23 anzufügen:

„Erwerbslosen-Unterstützung bei Invaliddität. Mitglieder, die sich bei der Vollendung des 65. Lebensjahres im Bezug von Erwerbslosen-Unterstützung befinden, erhalten — wenn Anspruch von Invaliddität-Unterstützung gemäß § 20 des Statuts besteht — die Erwerbslosen-Unterstützung höchstens bis zum Ende der betreffenden Kalenderwoche.

Mitglieder, deren Invaliddität durch die Landesversicherungsanstalt oder die Reichsversicherungsanstalt festgestellt wird, erhalten — wenn Anspruch nach § 20 des Statuts besteht — Erwerbslosen-Unterstützung höchstens noch bis Ende der Woche, von der an ihre Invaliddität anerkannt ist.“

Die Invalidditen-Unterstützung wird um 35 Prozent gemindert.

Bei Invalidditenrenten bis zu 5 Mk. tritt eine Kürzung nicht ein. Renten über 5 Mk. sind nur so weit zu kürzen, daß sie nicht weniger als 5 Mk. betragen.

§ 20 Ziffern 3 und 5 erhalten folgende Fassung:

Die Invalidditen-Unterstützung wird nicht gewährt, solange das durch Krankheit oder Alter invalide Mitglied in der öffentlichen Arbeitslosigkeit oder in der Krankenversicherung noch nicht ausgesteuert ist.

Voraussetzung für die Gewährung von Invalidditen-Unterstützung sind unter Um- und Anrechnung der Erwerbslosen- und Invalidditenbeiträge mindestens 624 Vollbeiträge. Mitglieder, die bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres 624 Vollbeiträge noch nicht entrichtet haben, können Anspruch auf Invalidditen-Unterstützung nicht mehr erwerben.

Die neuen Bestimmungen zu § 20 Ziffer 5 treten am 1. Oktober 1932 in Kraft. Bis dahin gilt die bisherige Bestimmung des § 20 Ziffer 5.

Die sonstigen Unterstützungen (Gemeindegeld-, Streik-, Sterbegeld- und Umzugsunterstützung) werden um 25 Prozent gemindert.

Die zum Statut gefassten Beschlüsse — ausgenommen zu § 20 Ziffer 5 — treten am 1. Juli 1932 in Kraft.

Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. Der Verbandsbeirat protestiert gegen die Fortsetzung des wirtschaftlich völlig verfehlten Lohnabbaus durch die staatlichen Schlichter. Die Senkung der Lebenshaltungskosten ist gegenüber dem durch Notverordnungen und Schiedsprüche vorwärtsgetriebenen Lohnabbau zurückgeblieben. Die Fortsetzung der Lohnabbaupolitik durch die staatlichen Schlichter steht im Widerspruch mit der Erklärung der Reichsregierung bei Erlass der 4. Notverordnung, daß die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen erhalten bleiben müsse.

Der Verbandsbeirat fordert von der Regierung die unbedingte Aufrechterhaltung der Sozialversicherung und die Zurückweisung jener Pläne, die unter dem Deckmantel des Umbaus der Sozialversicherung nur auf ihre Zerstörung abzielen. Den finanziellen Schwierigkeiten der Invalidditenversicherung ist mit Staatshilfe zu begegnen. Die Invalidditen- und Altersrentner haben nach einem arbeitsreichen Leben ein viel größeres moralisches Anrecht auf staatliche Hilfe als die durch eigene Schuld bankrott gewordenen großindustriellen Bankdirektoren und Großgrundbesitzer, denen der Staat mit Milliarden Subventionen ihren Besitz erhalten hat. Die Arbeitslosenversicherung muß in der Form rechtlicher Leistungen und Verpflichtungen aufrechterhalten werden. Gegen die Herausnahme auch nur eines Teiles der Arbeitnehmer, insbesondere der in der Hausindustrie beschäftigten, aus der Arbeitslosen- oder überhaupt aus der Sozialversicherung wird entschieden Einspruch erhoben.

Der Bezug der Arbeitslosenunterstützung darf nicht seines rechtlichen Charakters entkleidet und nicht von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängig gemacht werden. Der Verbandsbeirat brandmarkt mit aller Schärfe die Verjagung eines Teiles des Unternehmertums, mit Hilfe der ihnen verpflichteten politischen reaktionären Parteien die Sozialversicherung und das Tarifwesen zu zerstören.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft wichtiger deutscher Fertigwarenindustrie, der chemischen, Papier-, Spielwaren-, Glas-, feinkeramischen und grobkeramischen Industrie, deren Erzeugnisse zu einem großen Teil auf dem Weltmarkt Absatz finden müssen, fordert von der Reichsregierung eine Handels- und Zollpolitik, die dem internationalen Güteraustausch keine Hemmnisse bereitet. Der Verbandsbeirat erhebt Protest gegen die Politik der Hochschußzölle auf wichtige Nahrungsmittel und Rohstoffe, die nicht nur preistreibende Wirkungen zum Schaden der breiten Massen des arbeitenden Volkes haben, sondern die auch die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Exportindustrie zugunsten großagrarischer Interessen schädigen.

Der Verbandsbeirat sieht als erste Voraussetzung für die Überwindung der Wirtschaftskrise die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens an. Ihr größtes Hemmnis sind die durch den Frieden von Versailles dem deutschen Volke auferlegten Reparationen. Er erhebt deshalb aufs neue die vom Fabrikarbeiterverbande und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde wiederholt aufgestellte Forderung auf völlige Aufhebung der deutschen Reparations-

Entschießung des Verbandsbeirats zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands wiederholt angesichts der durch die anhaltende ungeheure Arbeitslosigkeit verursachten großen wirtschaftlichen Not der deutschen Arbeiterklasse aufs neue seine Forderung an Regierung, Parlament, Behörden und Unternehmer, energische Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu ergreifen.

Der Verbandsbeirat fordert dringend durchgreifende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Er macht sich die vom Krisenkongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgestellten Forderungen auf Arbeitsbeschaffung durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und durch die staatliche Förderung geeigneter Privataufträge, die eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes nach sich ziehen, zu eigen. Als die Vertretung von zirka 400 000 Arbeiterinnen und Arbeitern, deren Arbeit die deutsche Wirtschaft mit aufgebaut hat und von denen gegenwärtig der größte Teil durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit große Not und Entbehrung leiden muß, hat er das Recht und die Pflicht, die Forderung auf Arbeitsbeschaffung als die dringendste der Staats- und Wirtschaftspolitik zu erheben.

Der Verbandsbeirat sieht in der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit ein geeignetes Mittel, die Arbeitslosigkeit einzuschränken. Er fordert deshalb die Einführung der gesetzlichen Vierzigstundenwoche und des Vierstufensystems in durchlaufenden Betrieben und Betriebsabteilungen unter Berücksichtigung der Erntesicherung der Arbeiterschaft.

Der Verbandsbeirat verurteilt die Lohnabbaupolitik der Regierung und Unternehmer als falsche Wirtschaftspolitik. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, hat der Lohnabbau und die dadurch erreichte Einschränkung der Kaufkraft der breiten Massen zu einer weiteren Einschränkung der Wirtschaft und zur Verschärfung der Wirtschaftskrise geführt. Der Lohnabbau hat zwar zur Einschränkung der Inlandswirtschaft geführt, aber eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist nicht eingetreten.

Der Verbandsbeirat fordert von dem Reichsarbeitsminister und den staatlichen Schlichtungsorganen die Verhinderung jeder

An die Kolleginnen und Kollegen richtet der Verbandsrat die Aufforderung, nicht nur in dieser schweren Zeit dem Verbandsrat die Treue zu halten und sich nicht durch verleumderische Angriffe von rechts und links auf den Verband irreführen zu lassen, sondern unermüdet für den Verband und den Gedanken gewerkschaftlicher Solidarität zu werben und Aufklärung zu schaffen. Nur durch solidarisches Zusammenhalten aller Kolleginnen und Kollegen ist es möglich, dem Ansturm der sozialen und politischen Reaktion zu begegnen.

Am Ende des Privatkapitalismus?

Einer der besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft, der Berliner Professor Werner Sombart, schreibt über die Zukunft des Kapitalismus. Aus der Schrift sind folgende Gedankengänge erwähnenswert:

Nach Sombart hat der Kapitalismus seine Vorherrschaft verloren. Selbst im Zeitalter des Spätkapitalismus haben sich nicht nur die vorkapitalistischen Wirtschaftssysteme erhalten, es sind auch noch neue, wie Genossenschaften, Betriebe der öffentlichen Hand, gemischt-öffentliche Unternehmungen und dgl. hinzugekommen. Der kapitalistische Geist hat erhebliche Wandlungen erfahren. Der Spannungsleg, bewegt sich der Unternehmer von heute auf einem ganz anderen Boden. Die Unternehmungen bekommen den Charakter von Verwaltungen, ihre Leiter den Charakter von Beamten. Der Wagemut, das Draufgängerische ist verschwunden, eine Art Verfestung als unmittelbare Wirkung der Konzentration, der Kartellierung und des Aktienwesens ist eingetreten. Aus einer individualistischen Wirtschaftsordnung ist eine gebundene geworden. Man unterscheidet Selbstbindungen durch Bürokratisierung, Vergeistigung der Betriebe und Bindungen durch Kartelle, den Staat, durch Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Schlichtungswesen und Preiskontrolle, Bindungen durch Betriebsräte, Tarifverträge usw. Die individualistische Wirtschaft von ehemals ist bereits verschwunden. Die Marktmechanik, beruhend auf Angebot und Nachfrage, ist ebenfalls durch ein starres System von Bindungen aller Art verdrängt worden.

Sombart hält aus all diesen Gründen eine Rückkehr zu der reinen kapitalistischen Wirtschaft mit all der Planlosigkeit, Zufälligkeit und Willkür als nicht gegeben. Dies schon deshalb, da ein großer Teil der Leistungen der freien Unternehmung durch die Entwicklung selbst hinfällig geworden ist. Die freie Wirksamkeit des Einzelunternehmers erstreckt unter dem Ballast der Großorganisationen in Riesenbanken, Kartellen, Konzernen u. dgl. Hinzu kommen die staatlichen Bindungen, die Macht der Gewerkschaften und schließlich die Interessen der Gesamtheit. Die private Wirtschaftsführung ist zu einer allgemeinen und öffentlichen Angelegenheit geworden. In diesem Zusammenhang ist an das Schicksal der deutschen Großbanken zu erinnern. Ein kleines Hüftenwerk mag zugrunde gehen, ein Stahlruß kann dies nicht. Souveräne „industrielle Herzogtümer“ vermag kein Staat in seinem Innern zu dulden.

Aus alledem sieht auch Sombart nur einen Weg: Planwirtschaft. Während die Einzelwirtschaft heute planmäßig organisiert ist, ist bei der Gesamtheit Planlosigkeit Triumpf. Nach Sombart muß eine echte Planmäßigkeit folgende Merkmale enthalten: Sie muß umfassend sein und von einer Stelle ausgehen. Planwirtschaft kann immer nur Nationalwirtschaft sein. Daneben muß sich die Planwirtschaft der Zukunft durch die Mannigfaltigkeit nach Ziel und Richtung der Planung auszeichnen. Ein Schema für alle Länder kann nicht aufgestellt werden. Dazu ist die Größe der Wirtschaftsgebiete, die gesellschaftliche Struktur, die Art der Industrialisierung, der Volkscharakter, das Kulturniveau, die Geschichte der einzelnen Länder zu verschieben. So gut wie heute bereits vorkapitalistische Wirtschaftssysteme neben den allermodernsten bestehen, wird auch eine Planwirtschaft das Nebeneinanderbestehen und Ineinandergreifen einer bunten Fülle von Wirtschaftssystemen und Wirtschaftssystemen vorsehen müssen. Neben Bauern-, Guts- und Handwerkswirtschaft wird kollektive Bedarfsdeckungswirtschaft, Genossenschafts-, Staats- und Gemeinwirtschaft nebeneinander bestehen. Selbst die Leistungskonkurrenz wird noch einen breiten Raum einnehmen. Privateigentum oder Kollektiveigentum als Alternative sind ebenso hinfällig wie die andere, verwandte: Privatwirtschaft oder Kollektivwirtschaft. Es handelt sich nämlich vernünftigerweise gar nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-Als-auch: Privateigentum und gesellschaftliches Eigentum, Privatwirtschaft und gesellschaftliche Wirtschaft werden nebeneinander bestehen können, wenn, bestehen müssen.“ Die Durchführung dieser so gekennzeichneten Planwirtschaft kann geschehen durch autoritative Eingriffe der öffentlichen Gewalt oder Verstaatlichung ganzer Wirtschaftszweige, Monopolisierung, Kartellierung und Konzessionierung bestimmter wirtschaftlicher Tätigkeiten, Subventionierung dieses oder jenes Produktionszweiges, planvolle Auftragserteilung u. a. mehr. Die Großbanken werden, besonders nachdem sie öffentlichen Charakter angenommen haben, berufen sein, durch eine planwirtschaftlich-planvolle Wirtschaftspolitik zu regelnden Organen der Volkswirtschaft zu werden. Aber all dies kann nicht geschehen ohne einen Gesamtplan.

Das ist in kurzen Zügen das, was Sombart über die Planwirtschaft sagt. Teilweise kann man seinen Gedankengängen durchaus zustimmen. Die Gewerkschaften haben die Planlosigkeit der gegenwärtigen Wirtschaft schon des öfteren kritisiert und eine Planwirtschaft gefordert. Wenn Sombart nunmehr ebenfalls eine derartige Umformung der Wirtschaft für notwendig hält, so soll uns dies willkommen sein. Jedoch hätte man von einem solchen Mann, der in Jahrhunderten denkt, noch eingehendere und bessere Vorschläge für eine baldige Realisierung der Planwirtschaft gewünscht. Namentlich hätte man gern über den notwendigen Gesamtplan Näheres erfahren. Auch dieser Wirtschaftstheoretiker hat sich mit Andeutungen und Hinweisen begnügt. Wenn man auch hier und da durchsichtige Gedankengänge aus Sombarts Darlegungen entnehmen kann, so ist aber seine

Neue sozialreaktionäre Pläne der Reichsregierung?

Die sozialreaktionäre Welle ist noch nicht abgeebbt. Es bereitet sich im Gegenteil ein neuer Ansturm auf die sozialen Versicherungen vor, wenn anders man den Mitteilungen von christlich-gewerkschaftlicher Seite Glauben schenken darf. Aber die christlichen Gewerkschaften stehen doch der Regierung Bräutigam und vor allem dem Reichsarbeitsminister so nahe, daß man eigentlich annehmen sollte, daß nicht alles ohne Absicht veröffentlicht wird, was die Korrespondenzen der christlichen Gewerkschaften über die neuesten sozialpolitischen Pläne der Reichsregierung mitteilen haben.

Alarmierend und beunruhigend genug sind die Gerüchte, die über die „Erwägungen“ der Reichsregierung in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Es ist ja immer so, daß es schwer ist, einen Haltepunkt zu finden, wenn man einmal einen Grundfaß verlassen hat. So scheint es jetzt auch bei der Regierung auf der schiefen Ebene des Lohnabbaues und der Verschlechterung der sozialen Versicherungen kein Halten mehr zu geben. Sie scheint so fasziniert zu sein von dem Wahne, daß der Wirtschaftskrisis nur von der Lohnseite und durch immer weitergehenden Abbau der letzten Sicherungen gegen die äußersten Nöte beizukommen sei, daß sie nun unbedenklich auch das Letzte wagen will.

Wie oft haben Reichskanzler Brüning und der Reichsarbeitsminister Stegerwald schon erklärt, daß diese Notverordnung, daß dieser Lohnabbau nun aber auch wirklich das letzte Opfer seien, das dem darbenenden und hungernden Volke zugemutet werden dürfe. Und noch immer haben sie sich revidiert und neue Lasten auf die krachenden Schultern der Arbeiterchaft gestürzt. Ihren neuesten Plänen gegenüber muß die Arbeiterchaft und müssen vor allem die Gewerkschaften mit eindeutiger Schärfe erklären, daß es weiter nach unten mit den Löhnen und mit den Unterstützungssätzen nicht geht, nicht gehen darf, wenn die Reichsregierung nicht alles aufs Spiel setzen will.

Die „Angleichung der noch zu hohen Löhne“, die der Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem außerordentlichen Kongress der freien Gewerkschaften bereits so freundlich angekündigt hatte, ist nun schon in vollem Gange. Die Bauarbeiter sind die ersten, die unter diesem „Wink mit dem Zaunpfahl“ an die Adresse der Unternehmer und Schlichtungsstellen zu leiden haben. Andere Arbeitergruppen werden nachfolgen, weil es für die Unternehmer für die Lohnsenkungen ebensowenig eine Grenze nach unten, wie für den Profit eine Grenze nach oben gibt. Und die Reichsregierung unterstützt dieses löbliche Bestreben, die todkranke Wirtschaft durch immer weitere Kaufkraftvernichtung gänzlich auf den Hund zu bringen. Ihre neuesten Pläne gehen, immer nach den Angaben der christlich-gewerkschaftlichen Korrespondenzen, auf eine neuerliche Senkung der Arbeitslosenunterstützung um 20 Prozent, wobei es ganz gleichgültig sein soll, welcher Kategorie ein Unterstützungsempfänger angehört. Ganz gleich, ob er Hauptunterstützung bezieht oder von der Krisenunterstützung lebt oder gar Wohlfahrtsempfänger ist, allen soll die Unterstützung um 20 Prozent gekürzt werden. Das ist ein unge-

heuerlicher Plan, wenn man die ohnehin schon unerhörten niedrigen Unterstützungssätze in den drei Zweigen der Arbeitslosenversicherung in Betracht zieht. So etwas kann nur von Leuten ausgedacht und befürwortet werden, die entweder nie wirkliche Not kennengelernt haben oder denen jedes Gefühl dafür verloren gegangen ist, wie es einem Arbeitslosen zumute ist, der schon jahrelang vergeblich nach Verdienst und Arbeit sucht und schon jahrelang den zermürbenden Gang zur Stempelfabrik tut.

Ebenso ungeheuerlich würde die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung wirken. Damit wäre den Arbeitslosen jeder Rechtsanspruch auf die Unterstützung genommen, und die Arbeitslosenunterstützung bekäme den Charakter der Armenpflege. Was das für Hunderttausende von Arbeitslosen bedeuten würde, denen — man kennt doch den unheiligen St. Bureaunkraus — dann überhaupt jede Unterstützung versagt bliebe, braucht nicht erst ausgemalt zu werden. Wahrscheinlich könnte das Reich durch diese Maßnahmen viel, viel Geld sparen. Aber eine andere Frage ist die, ob es dann nicht bei anderen sozialen Einrichtungen wieder um soviel mehr zulegen müßte. Auf jeden Fall würde dadurch ein kaum wieder gutzumachender Schaden an der Arbeitskraft, dem kostbarsten Gut der Nation, und an der Volksgesundheit verursacht, der gewiß in gar keinem Verhältnis zu den möglichen Einsparungen stände.

„In den Kreis der Erwägungen“ ist auch die Invalidenversicherung hineingezogen. Der Invalidenversicherung geht es schlecht, ihr muß geholfen werden. Das einzige Mittel dazu sieht die Reichsregierung in der Rentensenkung. Die Opfer der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung sollen noch weniger Entschädigung für ihre zerrüttete Gesundheit, für ihre fehlenden Gliedmaßen erhalten, als es jetzt schon der Fall ist.

Welche Gestalt die sozialreaktionären Pläne der Reichsregierung auch annehmen mögen, die Gewerkschaften müssen schon jetzt mit eindringlicher Deutlichkeit erklären, daß den arbeitenden Klassen keine neuen Opfer mehr zugemutet werden können, daß die untere Grenze für Lohnsenkungen wie für Kürzungen der Unterstützungssätze in der Sozialversicherung erreicht ist, daß es unmöglich ist, den so schon am schwersten unter den furchtbaren Folgen der Wirtschaftskrise leidenden Arbeitslosen noch mehr Opfer und Entbehrungen aufzubürden. Mit Lohnabbau und Unterstützungseinschränkungen ist die Wirtschaft nicht zu retten, sind auch die sozialen Versicherungen nicht aufrechtzuerhalten. Arbeitsbeschaffung muß die Parole sein, der die Reichsregierung in erster Linie nachstreben muß. Dabei wird sie immer auf die Unterstützung der Gewerkschaften rechnen können. Entschiedenem Widerstand müssen wir aber den sozialreaktionären Bestrebungen entgegensetzen, mit denen die Reichsregierung jetzt wieder die Arbeiterchaft beunruhigt und die Wirtschaft wie die Sozialversicherung immer nur mehr zerrüttet.

Meinung über die Wirtschaftsbeziehungen der Völker untereinander sehr anfechtbar. Sombart kommt auch bei diesem Punkt zu geistvollen Vergleichen und Formulierungen. Folgen wir ihm:

Die hochkapitalistische Weltwirtschaft hatte die Herrschaft der weißen Rasse auf der Erde zur Voraussetzung. Die Alleinherrschaft der weißen Rasse wird für immer vorbei sein. Der Aufbau aller erdigen Wirtschaften mit Hilfe des europäischen Kapitals im Rahmen der verschlossenen Weltwirtschaft ist eine überwundene Epoche. Die Voraussetzungen, auf denen die Weltwirtschaft bisher beruhte, treffen nicht mehr zu. An Stelle des Freihandels sind Zollmauern, Einfuhrverbote, Kreditkündigungen usw. getreten. Die Goldwährung hat versagt. Die Ausfuhr von Kapital aus Europa kann in Zukunft auch deshalb nicht mehr vor sich gehen, weil sowohl der absolute als auch der relative Mehrwert sinken wird. Die Einschränkung der Arbeitszeit kommt hinzu. Alle diese Veränderungen verhindern die Industrialisierung der Welt durch Westeuropa. Hinzu kommt noch, daß die jungkapitalistischen Länder ihren Apparat selbst aufzubauen beginnen. Aus alledem folgert Sombart, daß die Aufarkisierung ein wichtiges Merkmal der Zukunft sein wird. Dies braucht nicht hundertprozentig zu geschehen. Auch die zwischenstaatlichen Vorgänge bedürfen einer planmäßigen Gestaltung. Das Freihandelsystem muß angetrocknet werden, und demzufolge kommt Sombart zu folgenden absurden Gedanken: „Nicht Freihandel und Meißbegünstigung, sondern Handelsverträge, Zollunion, Präferenzzölle, Konfingentierungen usw. werden die Kategorien sein, in denen die internationalen Beziehungen der Zukunft gedacht werden.“

Was Sombart hier fordert, ist derart überspitzt nationalitätlich, daß es von jedem einseitigen Menschen abgelehnt wird. Die Zollverhältnisse auf der Grundlage der Meißbegünstigung sind heute noch eine der besten Arten des Güterausstausches von Land zu Land. Sombart ist offensichtlich bemüht, den Nationalsozialisten Konzessionen zu machen. Auch die weiteren Forderungen Sombarts bezüglich der Reagrarisierung sind bedenklich und sehr überspitzt. Sombart fordert nicht mehr und nicht weniger als den Anteil der deutschen ländlichen Bevölkerung wieder auf die Höhe von 1882 zu bringen. Eine Entwicklung von 50 Jahren soll also zurückrevidiert werden. Das ist natürlich vollkommener Unsinn, wenn man auch nicht verkennen kann, daß das Wachstum der großen Städte und der Industriezentren in den letzten Jahrzehnten in überstürzter und ungefanter Weise erfolgt ist.

Die Entwicklung des Kapitalismus wird sich wahrscheinlich in Bahnen vollziehen, die vor einem Jahrzehnt kaum vorausgesehen wurden. Jedenfalls ist die alte individualistische kapitalistische Privatwirtschaft für immer

vorbei. Die Verhältnisse der Vorkriegszeit, wie sie die Unternehmer haben wollen, wieder herzustellen, ist eine Utopie. Will der Mensch nicht Sklave sein, dann muß er versuchen, sein Schicksal durch eine planmäßige Lenkung der Wirtschaft selbst zu bestimmen. Eine Planwirtschaft von unten nach oben und von oben nach unten wird das wesentliche Merkmal der Reformen in der nächsten Zukunft sein. Die Arbeiterklasse darf sich mit den Gewerkschaften bei dem Aufbau der neuen Wirtschaft nicht an die Seite drängen lassen, sondern muß als maßgebender Faktor die Entwicklung richtunggebend bestimmen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene.

Dieses Thema wurde auf einer außerordentlichen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin behandelt.

Die Tagung wurde von dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Geheimrat Dr. Arthur von Weinberg (Frankfurt a. M.), eröffnet, wobei er zugleich einen Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im letzten Jahre erstattete. Sodann verkündete der Vorsitzende einen Vorstandsbeschluß der Gesellschaft, wonach die Arthur-von-Weinberg-Medaille für Verdienste um die Gewerbehygiene dem bayerischen Landesgewerbeamt Prof. Dr. Koelch (München) für seine ausgezeichneten und vielseitigen wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeitsmedizin verliehen worden sei.

Als erster Referent sprach der Leiter der bayerischen Gewerbeaufsicht, Ministerialrat Dr.-Ing. Klebe (München), über die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene vom Standpunkt der Arbeitsgesundheitsbehörden und der Gewerbeaufsicht aus. Er zeigte an Hand zahlreicher Beispiele aus den verschiedensten Industriezweigen, daß die pflegliche Behandlung des arbeitenden Menschen nicht nur die Erfüllung einer ethischen Forderung, sondern auch die Befolgung eines Gebots wirtschaftlicher Klugheit darstelle, und entwickelte dabei die für diese Stellungnahme maßgebenden Grundsätze der praktischen Sozialpolitik, der praktischen Sozialhygiene und Sozialtechnik.

Als zweiter Referent sprach Dr. von Bonin von der Sozialpolitischen Abteilung der Siemenswerke. Er betonte die positive Einstellung der Arbeitgeberchaft zur Sozialpolitik und damit auch zur Gewerbehygiene. Bei seinen Ausführungen ging er in erster Linie vom Standpunkt der Einzelwirtschaft aus, die unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität wirtschaften müsse. Aus diesem Grunde sei auch der Einfluß gewerbehygienischer Maßnahmen auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes bedeutungsvoll. In der gegenwärtigen Zeit schwerer wirtschaftlicher Krisen müßten die Maßnahmen den geänderten Wirtschaftsverhältnissen angepaßt werden; daher sei es zweckmäßig, von allgemein öffentlich-rechtlichen Bestimmungen abzugehen und sich auf die besonderen Bedürfnisse des einzelnen Betriebes einzustellen, wobei die mehr und mehr zunehmende Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und technischen Aufsichtsbeamten neue Erfolge zeitigen könnte.

Als dritter Referent sprach der Leiter der Gewerbeaufsicht in Hannover, das Thema vom Standpunkt der Arbeitnehmer. Der Referent hob hervor, daß die Gewerbehygiene vornehmlich im Interesse der Arbeiterchaft liege. In wirtschaftlicher

Zeit hätte man sich über mangelhaften Unfallchutz und unzulängliche gewerbehygienische Maßnahmen zu beklagen gehabt. Durch propagandistische und direkte Einwirkung der Gewerkschaften auf Unternehmer und Behörden sei es den Gewerkschaften gelungen, zweckentsprechende Maßnahmen des Arbeiterschutzes durchzusetzen und sie zu erweitern. Dabei hätten sich des öfteren Widerstände der Unternehmer gezeigt und manchmal auch eine zögernde Durchführung der Arbeiterschutzeschriften durch die Aufsichtsbehörden, obwohl der Arbeiterschutz keineswegs die Rentabilität der Betriebe beeinträchtigt, im Gegenteil durch den Arbeiterschutz diese Rentabilität zum Teil sogar gehoben würde. In weiteren sachlichen Darlegungen beschäftigte sich der Referent mit den Schwierigkeiten der Erkennung des Zusammenhangs der Berufserkrankung mit der Berufsarbeit, mit den Unfallgefahrenstellen und Unfallgefahrenquellen in den Betrieben, mit den Unfällen, Berufs- und Gewerbekrankheiten, die durch den Arbeitsraum, das Arbeitsgerät und den Arbeitsstoff bedingt sind. Diese Unfälle und Berufskrankheiten den Arbeitern einen wirtschaftlichen Schaden für die dadurch betroffenen Arbeiter ebenso wie für den Unternehmer und einen volkswirtschaftlichen Schaden. Der Referent charakterisierte zum Schluss den heute erreichten Stand des Arbeiterschutzes und der Gewerbehgiene und gab dann in einem Ausblick der Hoffnung Ausdruck, daß die Maßnahmen des Arbeiterschutzes und der Gewerbehgiene nicht zuletzt im Interesse der weiteren Hebung der gesamten Wirtschaftlichkeit fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus behandelte Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. von Zwiédineck-Südenhorst (München) das Thema. Er führte aus, daß die beträchtliche Ausweitung des Arbeitsbereiches der Gewerbehgiene die Beurteilung ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft nicht mehr so einheitlich erscheinen lasse, als dies nach den ursprünglichen Zielen der Gewerbehgiene der Fall war. Immer ist die Gewerbehgiene als Schadenabwehr bestimmt, in einer Richtung wirksam zu sein, die einen Zweifel über den volkswirtschaftlichen Nutzen überhaupt kaum aufkommen läßt. Kritischer wird die volkswirtschaftliche Wertung der Gewerbehgiene aber mit Rücksicht darauf, ob ihre Mittel mit mehr oder minder großen Kosten verbunden sind. Da legt das Rationalprinzip der gesellschaftlichen wie jeder anderen Wirtschaft ein, daß der Nutzen nicht hinter den Kosten zurückbleiben darf. Soweit das Objekt der Gewerbehgiene immer der Mensch ist und alle Wirtschaft auch nur dem Menschen dienstbar zu sein hat, scheint die Gewerbehgiene irgendwelchen Kostenbedenken nicht ausgelegt zu sein. Insbesondere die Lebensverlängerung als Wirkung der Gewerbehgiene scheint dafür zu sprechen.

Lebensverlängerung, soweit sie eine Verlängerung der produktiven Phase des Lebens bedeutet, ist gewiß auch wirtschaftlich positiv zu buchen. Gleichwohl schieben sich in diese Überlegungen auch weltanschauliche Momente, die das Bild trüben können. Eine reflexlos volkswirtschaftliche Befragung aller Bemühungen der Gewerbehgiene ist aber mehr noch im Hinblick darauf sehr fraglich, daß ihre Erfolge sich auch in einer Minderanspruchnahme jener Schadenabwehrmethode äußern müßten, die man als Sozialversicherung entwickelt hat. Die Hebung des Bewußtseins der einzelnen, daß die Maßnahmen der Gewerbehgiene wie die Einrichtungen der ergänzenden Sozialversicherung durch Sicherung und Förderung des Individuums der Gesellschaft als Ganzem zugute kommen müssen, wird immer Voraussetzung des Segens der Ausweitung der Gewerbehgiene auch über die ihr heute durch die Kosten gezogenen Grenzen sein.

Eine ausgedehnte und rege Diskussion, an der sich Vertreter der Behörden, der Wissenschaft und Praxis, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligten, beschloß die Tagung.

Die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die internationale Sozialpolitik.

Das Internationale Arbeitsamt hat seine Korrespondenten in den einzelnen Ländern aufgefordert, eine Prüfung darüber anzustellen, ob die Krise wirklich Rückschritte im Bereiche der Sozialpolitik ausgelöst habe und ob die Grundzüge der Arbeiterschutzesetzgebung wesentlich angefaßt seien. Die Antworten werden in dem kürzlich erschienenen Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz zum Ausdruck gebracht. Wir wollen zusammenfassend darüber berichten:

In Deutschland haben die Notverordnungen und die übrigen Krisenmaßnahmen lähmend auf die Politik und Sozialversicherung gewirkt. Einschränkungen sind bei der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und bei der Invaliden- und Altersversicherung erfolgt. „Doch war niemals auch nur die Rede davon, die gewissermaßen geheiligten Grundzüge der Sozialversicherung anzufassen.“ — In Großbritannien haben die von der nationalen Regierung geplanten Einsparungen im gewissen Ausmaß auch die Arbeitslosenversicherung berührt. Auch die Kranken- und Invalidenversicherung hat die Auswirkungen der Krise gespürt. — In Polen ist die geplante Erstreckung der Arbeitslosenversicherung auf Betriebe mit weniger als fünf Beschäftigten bis 1933 aufgeschoben worden. Beiträge und Leistungen der Arbeitslosenunterstützung wurden auf die Höhe des Jahres 1924 herabgesetzt. Die polnischen Gewerkschaften klagen, daß Neigung bestehe, für bestimmte Gruppen den Sühntag einzuführen und die Frauen- und Kinderbeschäftigung zuzulassen. — In Belgien hat die Krise bewirkt, daß die Verabschiedung des Gesetzes über die Kranken- und Invalidenversicherung verzögert wird. — Aus der Tschechoslowakei wird über einen Rückschritt nicht berichtet. Allerdings ist die Lage der Versicherungsträger, besonders die der Krankenkassen, die Fehlbeträge von 100 Millionen Kronen aufweisen, schwierig. Hier sind insofern Fortschritte zu verzeichnen, da Arbeitsgerichte geschaffen wurden. — In Frankreich ist eine Verschlechterung nicht zu verzeichnen. Es wurden aber auch keine Fortschritte erzielt. — Das gleiche gilt für Rumänien. — Aus den Vereinigten Staaten meldet der Korrespondent des I.A.A., daß in diesem individualistisch gesinnten Lande eine Bewegung zugunsten einer Arbeiterschutzesetzgebung unter dem Druck der Ereignisse entstehen und sich entwickeln konnte. Zur Zeit liegen rund 100 Gesetzesentwürfe über Altersrenten in den Parlamenten von 39 Staaten vor, von denen fünf die Entwürfe bereits angenommen haben. In 16 Staaten sind Entwürfe eingebracht, die auf die Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung abzielen. Durch Gesetz vom 28. Januar 1932 hat der Staat Wisconsin eine Art Arbeitslosenversicherung eingeführt. — In zwei Staaten sind außerordentliche Fortschritte der Sozialpolitik zu verzeichnen: Spanien und Brasilien. In Spanien kann man studieren, wie fruchtbringend eine demokratische Regierungsform auf die soziale Gestaltung hinwirken kann. Es wurden zahlreiche Abkommen ratifiziert. Die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten steht im Brennpunkt der öffentlichen Bestrebungen. — In Brasilien wird ein umfassender Plan für eine Arbeiterschutzesetzgebung ernsthaft ins Auge gefaßt. Aus den Berichten glaubt der Direktor des I.A.A. schließen zu dürfen, daß die Arbeiterschutzesetzgebung in ihren Grundzügen in keinem Staate wesentlich geändert wurde. „Trotz einer bisher unerhörten Krise wird in allen Ländern anerkannt, daß die Gesetzgebung im Bereiche der Sozialpolitik gewissermaßen unantastbar ist, werden die Grundzüge des Arbeiterschutzes und der Versicherung erneut bekräftigt. Das ist eine Tatsache von wesentlicher, von geradezu geschichtlicher Bedeutung. . . . Ingesamt hat die Internationale Arbeitsorganisation aus den Ereignissen während der Krise die Überzeugung gewinnen dürfen, daß die Sozialpolitik bereits fest und begründet ist, und, wenn das Unwetter vorübergegangen sein wird, von neuem zu handeln und zu wachsen vermag.“

Unser Jahrbuch 1931.

Das Jahrbuch unseres Verbandes ist diesmal so reichhaltig, wie es selten der Bericht einer Organisation ist. Es ist auch

von dem Inhalt könnte entbehrt werden, alles ist für das aktiv tätige Mitglied, für den Funktionär schlechtweg unentbehrlich.

Das wird schon klar, wenn man sich das Kapitel betrachtet, das der Wirtschaftslage im Jahre 1931 gewidmet ist. Es ist ganz unmöglich, aufzuzählen, wieviel Material auf diesen etwa 35 Seiten zusammengetragen ist. Kaum ein Gebiet der Volkswirtschaft, das den Gewerkschaftsfunktionär interessiert, ist bei dieser großen Rückschau auf die Wirtschaftslage im Jahre 1931 unberücksichtigt geblieben. Ebenso umfassend und ausführlich sind die Betrachtungen über die Wirtschaftslage, den Beschäftigungsgrad usw. in den einzelnen Industrien unseres Verbandes, die besonders die Mitglieder interessieren werden, die über den Industriezweig etwas erfahren wollen, in dem sie arbeiten.

Es folgen kurzgefaßte Berichte über zwei wichtige Ereignisse im gewerkschaftlichen Leben des vergangenen Jahres, über den Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. und über den Verbandstag in München, und ferner Mitteilungen über die von unserer Organisation abgeschlossenen Kartellverträge mit anderen Verbänden.

Spruch.

Kommt und helfe die Not beenden,
die aus den verhärmten Leibern klagt!
Trauert nicht! In euern starken Händen
liegt Gewalt, wenn ihr es wagt.

Mit dem Blut aus eures Herzens Schale,
mit dem Mut aus eures Glaubens Macht:
verbrüder euch dem Sturm der Kampfsignale,
führt Volk und Heimat aus der Kampschlacht!

Kommt und helfe die Mauer bauen,
die das heilige Reich der Republik umschließt!
Deutschland lebt, wenn wir der eignen Kraft vertrauen
und Licht sich wieder in die Herzen gießt.

Walter G. Oschilewski.

Auf die Wichtigkeit der Berichte über das Betriebsrätewesen, über die Verbandszeitungen, über die Arbeit der Literarisch-Statistischen Abteilung, über die Bildungsarbeiten, über die Jugendbewegung hinzuweisen, erübrigt sich wohl. Sie gehören ebenso zum Gesamtbild der Tätigkeit unseres Verbandes im vergangenen Jahre wie die Darlegungen über den Rechtsschutz im Verbands- und die Berichte über die Werbearbeit unter den Arbeiterinnen und über die Verwendung von Film und Lichtbild in der gewerkschaftlichen Propaganda. Das letztere läßt besonders erkennen, daß die Leitung des Verbandes bemüht ist, alle modernen Hilfsmittel in den Dienst der Agitation zu stellen und daß die Erfolge der Verwendung von Film und Lichtbild bei der Werbearbeit nicht gering sind.

Die kurze Darstellung über die organisatorische Entwicklung des Verbandes wird allen Kollegen willkommen sein, zeigt sie doch klar und eindringlich, wie und unter welchen Schwierigkeiten der Verband das Krisenjahr 1931 überstand. Im einzelnen finden wir das Bild wieder in den Berichten der Gauleitungen.

In den Kassenberichten schließt sich eine Darlegung über die Unterkützungen an, die der Verband im verflossenen Jahr seinen Mitgliedern zukommen ließ. Dieses Kapitel empfehlen wir besonders den Mitgliedern zu eifrigstem Studium, die nörgelnd und kritisch immer der Meinung sind, daß der Verband ja doch keinen Zweck mehr habe, daß sie ja doch „nichts vom Verbands“ haben. Das gleiche trifft auch auf die Berichte über die Lohn- und Tariffbewegungen zu, aus denen klar ersichtlich ist, wieviel die Organisation trotz schlimmster Krise noch tun konnte, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder zu halten und zu sichern. Über 80 Seiten sind diesen wichtigen Berichten gewidmet.

Wie stark und welcher Art die internationalen Verbindungen des Verbandes sind, zeigt das nächste Kapitel, das auch zugleich kurze Berichte über die abgehaltenen internationalen Tagungen enthält.

Ein besonderes Kapitel beschäftigt sich mit vollem Recht mit der Sozialpolitik der Notverordnungen. Die schweren Eingriffe in das sozialpolitische Gebiet, die durch die Notverordnungen erfolgten, rechtfertigen eine klare Stellungnahme des Verbandes dazu.

Es ist nicht der Zweck dieses Hinweises auf unser Jahrbuch, das Mitglied nun von der Verpflichtung zu eigenem ernsthaften Studium unseres Jahresberichtes zu entheben. Wir wollen nur darauf aufmerksam machen, daß in dem Jahrbuch eine solche Fülle von Material aller Art enthalten ist, daß es für jeden Kollegen, für jede Kollegin einen Gewinn bedeuten wird, wenn sie sich mit dem Studium des Jahrbuches befassen. Es ist ein Stück Verbandsgeschichte, das dem Leser aus den Zeilen entgegentritt, und welcher Kollege, welche Kollegin will sich wohl den Vorwurf machen lassen, die Geschichte des Verbandes nicht zu kennen, nicht zu wissen, was die Organisation leistet. Wer das nicht weiß, kann auch keine erfolgreiche Werbearbeit betreiben. Für das tätige aktive Mitglied ist das Jahrbuch eine schier unerschöpfliche Quelle von Material und Tatsachen. Es wird nicht viele Organisationen geben, die ein so reichhaltiges, wohlgeordnetes, mit einem Wort ein so ausgezeichnetes Jahrbuch aufweisen können, wie es unser Verband in diesem Jahre mit berechtigtem Stolz kann.

Verschiedene Industrien

Der amerikanische Spielwarenmarkt 1931.

Aus den Mitteilungen des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes ist zu entnehmen, daß die Verhältnisse auf dem amerikanischen Spielwarenmarkt 1931 sich nur wenig gegenüber 1930 verändert haben. Im Oktober sah es so aus, als würde der Abschluß 1931 weit hinter dem von 1930 zu stehen kommen. Das letzte Weihnachtsgeschäft hat aber gut aufgeholt und den nicht vorausgesehenen Ausgleich gebracht. Die Eigenproduktion ist deshalb ver-

Wie in allen Ländern mit Spielwarenindustrie, so nimmt auch in Amerika diese Industrie eine einzigartige Stellung ein. Neben zahlreichen Artikeln, die man in erster Linie als Spielzeug bezeichnet, werden Miniaturstücke fast jeden Gegenstandes des täglichen Lebens hergestellt, die dann als Spielzeug hinausgehen. Gerade das Jahr 1931 hat nach der Richtung hin reichhaltige Proben geliefert.

Das amerikanische Spielwarengeschäft von 1931 hat sich ziemlich gleichmäßig über das gesamte Land verteilt. Puppen und Puppenausstattungen sowie Räderpielzeug nahmen etwa 36 Prozent der gesamten amerikanischen Spielwarenproduktion ein. Die restlichen 64 Prozent der Produktion verteilen sich auf Spielwaren aus Holz und Metall, auf mechanische Spielzeuge usw. Zum Eindämmen der wachsenden Gefahren für die Kinder auf der Straße ist neuerdings Nachfrage nach Spielzeug, das sportlichen Charakter trägt, sehr hoch. Die Kinder sollen damit von der Straße weggeholt werden. Solche Beobachtungen können auch in Deutschland gemacht werden.

In der gleichen Weise ist eine bemerkenswerte Bedarfssteigerung für Spiele für Erwachsene und Kinder eingetreten, eine Erscheinung, die zurückzuführen ist auf die für zahlreiche Familien notwendig gewordene Einschränkung gesellschaftlicher Betätigung in Verbindung mit dem Suchen nach weniger kostspieligen Unterhaltungsformen. Die Folge davon ist, daß fast überall im Lande eine starke Nachfrage nach solchen Waren eingetreten hat, die der Familienunterhaltung dienen.

Die Einfuhr von Spielwaren in den ersten zehn Monaten 1931 stellt einen Gesamtwert von 4390 559 Dollar gegenüber 5 626 695 Dollar im Vorjahr fest. Hiervon entfallen auf Puppen 718 844 Dollar gegenüber 989 068 Dollar im Jahre 1930 und auf andere Spielwaren 2 456 999 Dollar gegenüber 2 948 436 Dollar im Jahre 1930. Die Spielwareneinfuhr in den Vereinigten Staaten wird zu mehr als zwei Dritteln von Deutschland und Japan bestritten. Der prozentuale Anteil der Einfuhrländer ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung über vier Monate der Jahre 1930 und 1931, die gegenübergestellt sind. Die Jahreseinfuhr wirkt sich prozentual ähnlich aus.

Spielwaren-Einfuhr-Saison 1930 und 1931.

Monat	1930			1931		
	Deutschland in Dollar	Japan in Dollar	Gesamt in Dollar	Deutschland in Dollar	Japan in Dollar	Gesamt in Dollar
Puppen und Puppenleile.						
August	50 395	31 569	88 798	43 538	39 415	84 520
September	68 157	32 880	107 325	75 133	37 472	116 228
Oktober	86 420	40 410	135 997	92 440	37 498	123 942
November	35 499	22 219	59 255	63 283	39 081	104 917
4 Monate	240 471	127 078	391 375	274 424	143 466	429 607
Andere Spielwaren.						
August	270 516	96 549	445 688	259 739	82 042	394 449
September	368 415	74 523	532 706	257 528	92 162	427 096
Oktober	250 185	79 870	376 443	243 462	100 602	412 676
November	94 298	34 087	152 158	146 436	79 945	269 712
4 Monate	983 414	285 029	1507 005	917 165	354 751	1503 783

Die Ausfuhr von Spielwaren aus den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich gesenkt. 1930 wurden bis Ende Oktober ausgeführt für 4 176 584 Dollar, 1931 aber für dieselbe Zeitperiode nur für 2 822 081 Dollar. Der Rückgang der Ausfuhr beträgt also 1931 gegenüber 1930 rund ein Drittel. Die deutsche Ausfuhr von Spielwaren hat sich 1931 gegenüber 1930 um rund 20 Prozent gesenkt und gegenüber 1925 um rund ein Drittel. H. E. Fein.

Frauenfragen. Wochenendkursus in Stolp.

Am 5. Mai fand in Pommern ein Wochenendkursus für Kolleginnen statt. Es sprachen Kollegin Kämmer (Köslin) über „Die Arbeiterin und der politische Kampf“ und Kollegin Zammerl (Hannover) über „Frauenarbeit, Wirtschaftskrise und Gewerkschaftskampf“.

Etwa 30 Kolleginnen waren erschienen, um sich Rüstzeug zu holen für die so wichtige Werbearbeit der nächsten Zeit. Kollegin Kämmer schilderte, daß die Stellung der Frau im politischen und gesellschaftlichen Leben eine andere geworden sei, seit die Frau das gleiche Wahlrecht besitze. Die Frau habe das leider noch nicht in dem notwendigen Maße erkannt. Durch ihre Nichtbeteiligung am politischen Kampf wurde sie unbewußt zur Stütze der Reaktion. Aber von dieser habe sie keine Besserung ihrer Lebenslage zu erwarten. Im Gegenteil. Gerade jene Kreise hätten die Frauen immer gesellschaftlich unterdrückt. Die Bestrebungen der Frauen nach Gleichberechtigung wurden wirksam von der Sozialdemokratie unterstüßt. Die Referentin schilderte den Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen unter Hinweis auf den unvergeßlichen Vorkämpfer August Bebel. Heute arbeiteten die Frauen an vielen wichtigen Stellen im politischen Leben mit. Das sei ein gewaltiger Kulturfortschritt.

Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie hätten viel zur Schulung der Frauen getan. Anders die Nazis. Sie wollten die Frau nicht als Gleichberechtigte, sondern die Frau soll untertan sein. Die alten Bibelsprüche: „Er soll dein Herr sein“, „Sei Untertan deines Mannes“ usw. sollten wieder zu Ehren kommen. In den Nazi-Frauenorganisationen spielten Frauen aus den reaktionären Kreisen die Hauptrolle. Sie geben deutlich ihre Sehnsucht nach der Monarchie zu erkennen. Zum Schluß betonte Kollegin Kämmer, daß sich die Frauen weniger vom Gefühl leiten lassen dürften, sondern sich Mühe geben sollten, die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu verstehen. Die Arbeiterinnen gehörten politisch zur Sozialdemokratie und sollten nur Sozialdemokraten in die Parlamente wählen, da diese die Gewähr für die Wahrung der Arbeiter- und Frauenrechte bieten.

Kollegin Zammerl schilderte die Frauenarbeit und wies an Hand von Zahlenmaterial nach, daß die Wirtschaftskrise auch die Frauen nicht verschont. Ende 1931 war mehr als der dritte Teil der weiblichen Verbandsmitglieder arbeitslos. Die letzten Gewerbeaufsichtsberichte zeigten ein leichtes Ansteigen des Anteils der Frauen am Erwerbsprozeß. Die Referentin ging auf die Ursachen, die die Zunahme der Frauenarbeit begünstigen, näher ein und zeigte, daß die Kolleginnen erkennen müßten, daß sie ein wichtiger Faktor im kapitalistischen Produktionsprozeß seien. Mehr Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse seien besonders heute notwendig. Es sei einer Arbeiterin unwürdig, den Nazis irgendwelche Gefügigkeit zu leisten. Die Einstellung der Nazis zur Frauenarbeit besage, daß die Arbeiterinnen von den Nazis nichts Gutes zu erwarten hätten.

Bei der Erörterung der Frage „Was muß die Kollegin von der Wirtschaftskrise wissen?“ zerplückte die Referentin die Verleumdungen und Unwahrheiten, die von reaktionärer Seite ausgestreut werden, um Arbeiterführer als Schuldige an dem heftigen Elend erscheinen zu lassen. Hier sei Aufklärung über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge erforderlich. Nicht die Lohn- und Sozialpolitik der Gewerkschaften sei schuld daran, daß Millionen Menschen neben stillgelegten Maschinen feiern müßten, sondern lediglich das privatkapitalistische Wirtschaftssystem mit der planlosen Wirtschaftsführung. Nach klarer Schilderung der Weltwirtschaftskrise betonte die Referentin, daß die Reaktion in Deutschland es darauf abgesehen habe, die Notzeit zum Schlage gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft auszunutzen. Nicht nur die Kartellverträge möchte sie beseitigen, sondern auch die sozialen Einrichtungen sowie den Rechtsanspruch der Arbeiterschaft in der sozialen Gesetzgebung. Die Gewerkschaften führten den Kampf um die Erhaltung der sozialen Gesetzgebung sowie der Lohn- und Manteltarifverträge. Mit aller Deutlichkeit müsse dieser Reaktion klargemacht werden, daß die

wieder zu verlieren, was unter großen Opfern erreicht werden konnte. Das Einkommen und die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien seien bereits unter das Existenzminimum gesunken. Der Gesundheitszustand der Kinder der Arbeitslosen sei jetzt so schlecht wie in den schlimmsten Jahren während des Krieges.

Die Rednerin erwähnte den außerordentlichen Gewerkschaftskongress, der dem Kampf um die Linderung der Arbeitslosennot galt. Die Gewerkschaften fordern: Arbeitsbeschaffung, Verkürzung der Arbeitszeit, Staatskontrolle der Banken und der kapitalistischen Großbetriebe, Lohnschutz usw.

In der Debatte erklärten die Kolleginnen mit allem Nachdruck, nun erst recht für die Gewerkschaften werden und arbeiten zu wollen, angesichts der großen Gefahr, die von der nationalsozialistischen Opposition her der Arbeiterklasse droht. Kollege Wiesenhütter ging noch auf die Wirtschaftskrise ein und ermunterte die Kolleginnen zur Mitarbeit im Verbands.

Wirtschaftliches.

Die Warenerzeugung der Welt auf dem Stand von 1913.

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise ist die industrielle Warenerzeugung der Welt in den letzten Monaten in scharfem Tempo weiter zurückgegangen. Das Jahr 1928 = 100 gesetzt, betrug die Weltproduktion Anfang 1931 83,4 und Anfang 1932 75,2. Die europäischen Länder ohne Rußland waren auf 72,4 gesunken. Die russische Produktion ist in vier Jahren auf 198 gestiegen. Seit 1931 ist die Produktion am meisten gefallen in Polen um 30, in Frankreich um 23, in Deutschland um 21, in Österreich um 18, in den Vereinigten Staaten um 16 v. H.

im Jahre 1923 wurde er zum Geschäftsführer der Zahlstelle Heidenau gewählt und hat diesen Posten nach besten Kräften zum Wohle der Organisation und der in ihr vereinigten Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen ausgefüllt. Das war oft



gar nicht so leicht bei den vielen Schwierigkeiten, die die gerade im Gebiet der Zahlstelle Heidenau verhältnismäßig starken Gegner, sowohl der aus dem Lager der Unternehmer als auch aus den Reihen irreführender Klassengenossen, der Organisation bereiteten. Aber Kollege Nickel verstand es immer, die Interessen der Verbandsmitglieder erfolgreich zu wahren, nicht zum wenigsten auch durch seine Tätigkeit in der Tarifkommission der Papierindustrie und als Beisitzer in den ver-

Laßt die NSD.,

die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, nicht in die Betriebe hinein! Nationalsozialistische Herrschaft in den Betrieben bedeutet Lohndruck, Verschlechterung der Sozialversicherung, Zerschlagung des Tarifwesens und des Betriebsrätegesetzes, vollkommene Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft. Die Partei der Fürsten und Generale, der politischen und wirtschaftlichen Vabanquespieler, die Partei des Bürgerkrieges darf

nicht in die Betriebe hinein!

Ihre Betriebszellen wären ein willkommenes Instrument in den Händen der Unternehmer, die dann ihre Wünsche in bezug auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen rücksichtslos durchsetzen würden. Die schwarzen Listen der Vorkriegszeit würden in vermehrter und verbesserter Auflage wieder erscheinen. Das Schicksal der Arbeiterschaft wäre vollständige Knechtung an Leib und Seele. Wer das nicht will, muß zu den freien Gewerkschaften kommen. Sie sind das sicherste Bollwerk gegen die nationalsozialistische Diktatur. Stärke die freigewerkschaftlichen Organisationen!

Wirb für deinen Verband!

chiedensten Schlichtungsausschüssen. Auch außerhalb des Verbandes war Emil Nickel für die Arbeiterschaft tätig. Er war Gemeindevorstand, ist Vorsitzender der Ortskrankenkasse Heidenau und zweiter Vorsitzender des NSD.-Ortsausschusses Pirna.

Mit dem Glückwunsch zu seinem Jubiläum, mit dem Dank für seine bisherige treue Arbeit verbinden wir die frohe Hoffnung, daß der Kollege Emil Nickel noch lange Jahre für die Fabrikarbeiterschaft tätig sein und die Zahlstelle Heidenau auch in wirtschaftlich günstigeren Zeiten, die wir erhoffen, zu weiterem Aufstieg führen möge.

Berichte aus den Zahlstellen.

Schlenfingen. Für den klassenbewußten organisierten Arbeiter gibt es keine erhabendere Feier als die Ehrung alter Kämpfer. Die Zahlstelle Schlenfingen hat vor einigen Tagen 33 Jubilare, die Gründer der ehemaligen Zahlstelle Unterneubrunn sind, durch eine kleine Feier geehrt. Wenn auch in der gegenwärtigen Zeit bei jeder Veranstaltung, die sich in den Reihen der Armisten vollzieht, finanzielle Mittel nicht zur Verfügung stehen, so war doch die Zusammenkunft und Veranstaltung unter Mitwirkung der Arbeiterjugend und Arbeiterjugend eine wirklich begeisterte Feier für alle Anwesenden. Kollege Löffler überbrachte die Grüße der übrigen Mitgliedschaft und hob vor allem den Ernst des Tages hervor. An alle Frauen und Jugendlichen richtete er den Appell, im Kampfe gegen unsere Gegner nicht zu erlahmen und unsere Organisation in ihrer Vorwärtsentwicklung zu unterstützen.

Kollege Doraheim überbrachte im Auftrage des Hauptvorstandes und der Gesamtleitung Grüße und Glückwünsche an die Jubilare und gab dann einen Rückblick über die Entstehungsgeschichte der Organisation und vor allem der Entwicklung in den Thüringer Orten. Er zeichnete ein Bild auf, das ein eigenes Erleben widerspiegelt. In herzlicher Weise verstand er es, unseren Jüngeren die Gefahren vor Augen zu führen, die unsere Vorkämpfer mit unüberwindlicher Kraft durchlebten. Kollege Fabig, einer unserer Ältesten, fand herzliche Worte des Dankes und betonte, daß für die Arbeiterschaft heute mehr denn je Geschlossenheit und Einigkeit geboten sind. Die Feier war ein Erlebnis für freie Gewerkschafter.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Theodor Leipart 65 Jahre alt.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, wurde am 17. Mai 65 Jahre alt. Was Theodor Leipart für die freie Gewerkschaftsbewegung bedeutet, was er für die deutsche Arbeiterschaft im ganzen geleistet hat und noch leistet, brauchen wir nicht noch einmal zu schildern. Er genießt als Führer der freien Gewerkschaften bei Freund und Feind die größte Achtung, als Vorkämpfer und Führer im Streit wird er von der freiorganisierten Arbeiterschaft natürlich besonders geschätzt und verehrt. Mehr als ein Menschenalter steht Kollege Leipart bereits im Kampfe um eine bessere Gesellschaftsordnung und für eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse. Seit 1887 bekleidete er bereits

Funktionen im damaligen Drechslerverband. Von 1893 bis 1908 war er zweiter Vorsitzender, von 1908 an erster Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, bis er, nach Leigens Tod, zum Vorsitzenden des ADGB. bestellt wurde.

Theodor Leipart hat wie kein anderer in der ersten Reihe der Kämpfer für Freiheit und Recht und für die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse gestanden. Und wenn er durch die widrigen Verhältnisse heute mehr in die Verteidigung gedrängt ist, so wissen wir, in welsch guten Händen diese Verteidigung unserer schwer erkämpften sozialen Errungenschaften liegt und wie zähe und geschickt Kollege Leipart diese schwerste Aufgabe erfüllt. Um die Verwirklichung des Sozialismus hat sich Leipart die allergrößten Verdienste erworben, viele der wirtschaftlichen Einrichtungen der freien Gewerkschaften sind auf seine Anregung hin geschaffen worden, besonders die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im vergangenen Jahr verlieh ihm die Technische Hochschule in Berlin den Titel eines Ehrendoktors.

Der nunmehr Fünfundsechzigjährige ist Vorsitzender des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Aufsichtsrats der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten und der Volksfürsorge, AG. Ferner ist er Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes und darüber hinaus in zahlreichen wissenschaftlichen Instituten als Vertreter der Gewerkschaften tätig.

Wir wünschen dem alten Vorkämpfer, Führer und Kollegen noch viele Jahre ungetrohenen und erfolgreichen Schaffens für die freie Arbeiterbewegung und für das von ihm zeitlebens erstrebte Ziel, den Sozialismus.

Mundschau.

Das Dritte Reich kein Paradies.

„Aus alledem geht klar hervor, daß wir unter gar keinen Umständen uns irgendwelchen Spießerillusionen hingeben dürfen. Von Wohlleben, bequemer Saffheit und ähnlichen schönen Dingen wird auch in den nächsten Jahren nicht die Rede sein können.“

Unser Kampf ging und geht nicht um die wirtschaftliche Besserstellung einzelner Menschen oder einzelner Klassen, sondern um die Freiheit und die Zukunft der deutschen Nation. Daran soll jeder denken, wenn er in den kommenden Monaten seine ganz persönlichen Wünsche unerfüllt sehen muß.“

Dr. Krebs im nationalsozialistischen „Hamburger Tageblatt“ vom 28. April 1932.

Das ist eine nicht mißzuverstehende Mahnung an die einfachen Pgs., denn die Führer der Nazi-„Arbeiter“-partei sehen ja jetzt schon ihre Spießerillusionen für sich erfüllt.

Was ein „Revolutionär“ nach dem Herzen Goebbels können muß!

„Ein Revolutionär muß alles können... vulkanische Leidenschaften entfesseln, Zornesausbrüche wecken, Menschenmassen in Marsch setzen, Haß und Verzweiflung organisieren. Mit eiskalter Berechnung, sozusagen mit legalen Mitteln... An die revolutionäre Kraft der Bewegung glauben, auch wenn sie honett und friedlich in scheinbar bürgerlichen Pfaden wandelt... Eiskalt dem Gegner auf den Pelz rücken, ihn abtasten, auskundschaften, wo seine verwundbare Stelle ist, überlegsam und berechnend den Speer werfen und ihn wohlgezielt in die Blöße des Feindes hineinragen und dann vielleicht noch freundlich lächelnd sagen: „Verzeihen Sie, Herr Nachbar, ich kann nicht anders.“ Das ist jenes Rachegericht, das kalt genossen wird!“

Goebbels im „Angriff“ vom 18. Februar 1932.

Verbandsnachrichten.

Lippische Ziegler nach Rußland?

Unter obiger Überschrift bringt die Unternehmerzeitschrift „Ziegel und Zement“ in ihrer Nr. 9 vom 6. Mai 1932 eine Notiz, die sie der „Lippischen Landeszeitung“ entnommen hat. In dieser Notiz ist von Vermittlung lippischer Wandziegler nach Rußland die Rede. Es sollen sich täglich viele junge Leute bei den Kommissionsärzten und Untervermittlern zur Arbeitsaufnahme in Rußland melden.

Wir haben bisher von keiner anderen Seite eine Bestätigung über die behaupteten Tatsachen erhalten.

So sehr man auch wünschen muß, daß unsere Zieglerkollegen, die zu einem großen Teil schon jahrelang ohne Arbeit sind, lobnende Arbeit erhalten, so sind nach den bisherigen Mitteilungen die Rechtsverhältnisse für Ausländer in Rußland ziemlich unsicher. Verschiedene Verhandlungen, auch vor dem Berliner Arbeitsgericht, haben sehr oft gezeigt, daß Arbeiter, die in Rußland Arbeit angenommen hatten, schließlich zuletzt die Geschädigten waren.

Um nun unsere Zieglerkollegen, die sowieso schon durch die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen schwer geschädigt sind, vor noch größerer Not und noch größerem Elend zu bewahren, möchten wir ihnen dringend raten, sich, bevor sie nach dem Ausland, vor allen Dingen aber nach Rußland, Arbeit annehmen wollen, beim Keramischen Bund, Gruppe Grobkeramik, Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5, oder, soweit es Lippische Zieglerkollegen betrifft, in unserer Geschäftsstelle in Detmold, Langelage Straße 66, Volkshaus, zu erkundigen. Vor allen Dingen dürfen sie nichts unterschreiben, bevor sie nicht ganz genau über die Rechts- und sonstigen Arbeitsverhältnisse Klarheit und Gewißheit haben. Schon viele sind mit großen Hoffnungen ausgezogen, die nach einiger Zeit schwer enttäuscht und an Hoffnungen, vor allen Dingen an materiellen Gütern ärmer zurückgekehrt sind.

Diese Mahnung gilt nicht nur für unsere Lippier, sondern auch für alle anderen Ziegler sowie sonstigen Kollegen, die etwa gewillt sind, Arbeit im Ausland, vor allen Dingen aber in Rußland, anzunehmen.

Keramischer Bund, Gruppe Grobkeramik, Charlottenburg.

Das Büro

Zahlstelle Bad Freienwalde

befindet sich Uchtenhagenstraße 8 (Konsumgebäude). Die Anzahlungen der Unterstützungen finden jeden Freitag von 18 bis 20 Uhr statt. Sprechstunden jeden Mittwoch und Donnerstag von 18 bis 20 Uhr.

Literarisches.

Werner Seiwert: „Die Zukunft des Kapitalismus“. Preis 50 Pf. Verlag Buchholz & Weiswange, O. u. B. H., Berlin-Charlottenburg II. Die immer offener zu Tage tretende Notwendigkeit der Neuordnung unseres Wirtschaftssystems zwingt die Menschen zum Studium der Möglichkeiten der Weiterentwicklung. In dem

Papier-Industrie

Betriebe, Vollarbeiter und Löhne in der sächsischen Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1931.

Die Sektion IX der Papiermacherberufsgenossenschaft in Chemnitz gibt ihren Bericht für den Freistaat Sachsen in der Fachpresse bekannt. Wir beschränken uns zunächst auf die Wiedergabe der Betriebe, Vollarbeiter und Löhne für die Jahre 1930 und 1931. Bei den Vollarbeitern kann sich die Papiermacherberufsgenossenschaft immer noch nicht daran gewöhnen, ihren Berechnungen den Achttundentag zugrunde zu legen; sie rechnet vielmehr immer je Vollarbeiter im Jahre 300 Arbeitstage zu 10 Arbeitsstunden täglich.

Zahl der Betriebe und der errechneten Vollarbeiter.

Fabriken	Betriebe		Zahl der Vollarbeiter		Rückgang der Betriebe Vollarbeiter in Prozent	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Papier	74	71	12 126,8	10 543,6	4,0	13,0
Pappen	124	119	2 343,2	1 855,1	4,0	20,8
Holzstoff	205	186	2 327,4	2 013,0	9,2	13,5
Holzzellstoff	8	7	1 479,0	1 108,9	12,5	25,0
Strohzellstoff	4	4	312,2	252,9	0,0	19,0
Nebenbetriebe	53	50	1 092,4	1 074,4	6,0	1,7
Insgesamt	468	427	19 681,0	16 847,9	6,6	14,5

Am schärfsten hat sich der Rückgang der Betriebe (Betriebsstilllegungen) in der Holzstoffindustrie bemerkbar gemacht. Hier sind die Ursachen nicht nur in der Wirtschaftskrise zu suchen. Viele dieser Kleinunternehmer wurden das Opfer der Rationalisierung der Großbetriebe, die sich eigene Großkraftschleifereien in ihren Papierfabriken angegliedert haben.

Bei den Papierfabriken sind mindestens zwei Betriebe (Remse und Bügow) zusammengebrochen, weil die bisherigen Geschäftsleitungen unfähig waren, einen Betrieb wirtschaftlich zu leiten.

In der Holzzellstoffindustrie ist die Stilllegung eines Betriebes (Hoesch) auf technische Veralterung und auf die Produktionseinschränkungsbeschlüsse der internationalen europäischen Zellstoffindustrie zurückzuführen.

Der Rückgang der Vollarbeiterzahl gibt keinen Überblick über die tatsächlichen Arbeiterentlassungen, da unter normalen Wirtschaftsbedingungen die Zahl der wirklich Beschäftigten rund 20 Prozent über der Vollarbeiterzahl liegt. Immerhin zeigt dieser Rückgang, daß die Produktionslage in der sächsischen Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1931 erheblich eingeschränkt werden mußten.

Jahresdurchschnittsverdienste je Vollarbeiter.

Fabriken	Jahreslohnsumme in 1000 RM.		Jahresdurchschnittsverdienste bei einer Arbeitszeit von täglich			
			10 Stunden		8 Stunden	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Papier	36 275	28 778	2991,30	2731,80	2393,—	2185,40
Pappen	5 497	4 037	2345,90	2122,40	1876,70	1697,90
Holzstoff	6 326	5 186	2713,70	2576,20	2171,—	2061,—
Holzzellstoff	4 817	3 392	3256,90	3058,80	2605,50	2447,—
Strohzellstoff	1 024	773	3280,—	2898,40	2624,—	2318,70
Nebenbetriebe	2 499	2 265	2287,60	2108,10	1830,10	1686,50
Insgesamt	56 438	44 431	2867,60	2637,10	2294,10	2109,70

Die wirklichen Vollarbeiterjahresverdienste wären die unter der Rubrik für eine täglich achttündige Arbeitszeit angegebenen. In Wirklichkeit liegen die Durchschnittsjahresverdienste der Papiererzeugungsarbeiter wesentlich unter diesen Jahreslohnsummen, da die auch schon im Jahre 1931 stark verbreitete Kurzarbeit keine Berücksichtigung gefunden hat. Der durchschnittliche Stundenverdienst hätte demnach betragen im Jahre 1930 noch 95,5 Pf. und im Jahre 1931 nur noch 87,9 Pf.

Aus der folgenden Zusammenstellung geht der Rückgang der von der Berufsgenossenschaft erfassten Jahreslohnsumme und der durchschnittlichen Vollarbeiterjahresverdienste von 1930 bis 1931 hervor.

	Rückgang in Prozent der Jahreslohnsummen		Rückgang in Prozent der Vollarbeiterjahresverdienste	
Papierfabriken	20,6	8,7	20,6	8,7
Pappenfabriken	26,5	9,9	26,5	9,9
Holzstofffabriken	18,0	5,1	18,0	5,1
Holzzellstofffabriken	29,6	6,8	29,6	6,8
Strohzellstofffabriken	24,5	11,6	24,5	11,6
Nebenbetriebe	9,4	7,6	9,4	7,6
Insgesamt	21,3	8,4	21,3	8,4

Seit Anfang 1931 sind durch Notverordnung und mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsausschusses in Dresden die Löhne der Arbeiterschaft in der sächsischen Papiererzeugungsindustrie abermals zweimal gesenkt worden, so daß seit dem Jahre 1930 bis heute im Durchschnitt eine Lohnsenkung um mindestens 25 Prozent eingetreten ist.

Die von den Arbeitgeberverbänden propagierte Belegung der Produktion als Folge des Lohnabbaues ist nicht eingetreten, sondern, wie von uns vorausgesagt, das Gegenteil. Der Zentralausschuß meldet in seinem Lagebericht für den Monat April, daß die Absatzverhältnisse sich nicht gebessert haben, trotz dem Mehrverbrauch an Druckpapier infolge der Wahlen. Die durch den Lohnabbau von den Unternehmern verkündete Hebung der Ausfuhr ist ebenfalls nicht eingetreten, sondern „die Papierausfuhr stößt auf immer größere Schwierigkeiten und schrumpft daher von Monat zu Monat mehr zusammen“.

Die durch den wiederholten allgemeinen Lohnabbau zusammengeschmolzene Kaufkraft des deutschen Volkes schlägt auf das Unternehmertum zurück, denn „die Zahlungen gehen weiterhin sehr langsam ein, und fast nur in Wechseln mit langer Laufzeit“.

Das ist das von den Unternehmern selbst beglaubigte Ergebnis deutscher Wirtschaftsführung. Nachdem der Glorionschein um die „Wirtschaftsführer“ verblasen, der Wirtschaftsentwurf, wie Laufen, Kreuger und Konsorten, als Hahndreie der Wirtschaft entlarvt wurden, verbleiben nur noch kleinliche Gestalten, die verzweifelt dem weiteren Zusammenbruch ihres kapitalistischen Systems tatenlos zusehen und nach dem alten Grundsatz „Halte den Dieb!“ nun Schuldige für ihre Unfähigkeit suchen, die sie in den „hohen Löhnen“ der Arbeiterschaft — nicht etwa in den Riesengehältern der Direktoren aller Grade — und in der Lohnpolitik der Gewerkschaften behaupten gefunden zu haben.

Dabei schaukeln sie an ihrem Grabe durch Lohnabbau und Verschlechterung der sozialen Arbeitsbedingungen lustig weiter und glauben, durch Verherrlichung und teilweise Unterstützung des faschistischen Volksbetrugs sich retten und die eigene Schuld an der kapitalistischen Wirtschaftskrise verschleiern zu können. Wenn nicht Millionen deutscher Arbeiter an diesem „System“ durch Hunger und Not zugrunde gingen, könnte man diesen kapitalistischen Zusammenbruch wahrhaftig begreifen. So aber muß der gewerkschaftliche Kampf gegen die derzeitige Art der kapitalistischen Ausbeutung in verschärfter Form weitergeführt werden.

E. Stähler.



Bestell Nr. — 405 — des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Berlin W 9

Nahrungsmittel-Industrie

Was an der Margarine verdient wird.

II.

In unserem ersten Artikel hatten wir in gedrängter Kürze eine Übersicht über die Nachorganisationen und über die Hauptgesellschaften der Unilever gegeben. Von den deutschen Vertretern der Unilever ist nun wiederholt behauptet, die Gewinne der Unilever würden im Ausland erzielt, die deutschen Unternehmungen erzielten derartige Gewinne nicht. Uns liegt der Jahresabschluss der Van - den - Bergh - Margarine - AG., Berlin, für das Jahr 1931 vor. Der Bericht ist sehr kurz, aber um so inhaltsreicher. Einleitend wird über die Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse im abgelaufenen Jahre geklagt, die sich im Geschäftsleben störend bemerkbar gemacht haben.

Das weitere Abgleiten der Rohstoffpreise habe eine Disposition beim Einkauf auf weitere Sicht gefordert. Dennoch konnte die Rohstoffversorgung der angeschlossenen Margarinefabriken so durchgeführt werden, daß der Umsatz und die Produktion befriedigend waren. Die Verkaufspreise für Margarine seien bedeutend ermäßigt worden. Die Schaffung der Jurgens-van-den-Bergh-Margarine-Verkaufs-Union hat ihren Zweck, einheitliche Verkaufsbedingungen zu schaffen, erfüllt. Die Van-den-Bergh-AG. rechnet in diesem Jahre mit wesentlich höheren Zahlen als im Vorjahre. Das kommt daher, daß diese Gesellschaft als erweiterte Konzern-Abrechnungsstelle für sämtliche angeschlossenen Tochtergesellschaften und für befreundete Firmen dient.

Banken- und Kassenbestände erscheinen daher in diesem Jahre um 1,25 Millionen Mark höher als in den früheren Jahren. Von dem erzielten Reingewinn sind zunächst 75 000 Mark als Bezüge für den Vorstand und für den Aufsichtsrat abgesetzt. Wie aus dem Bericht ersichtlich ist, gehören zum Vorstand zwei und zum Aufsichtsrat fünf Herren. Wenn also die Entschädigung von 75 000 Mk. in gleiche Teile geteilt wird, dann würde jeder dieser Herren rund 10 700 Mk. für seine Nebewaltung als Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied erhalten. Daneben erhalten die Vorstandsmitglieder natürlich ihre Gehälter als Direktoren und die Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls ihre Gehälter als Direktoren in einer anderen Unilever-Gesellschaft. Der Abschluß dieser Gesellschaft zeigt im übrigen folgendes Bild:

Eingezahltes Aktienkapital	10 000 000,—	Mk.
Rohstoffvorräte	rd. 12 500 000,—	Mk.
Forderungen an Konzern- und andere Firmen	56 700 000,—	Mk.
Verbindlichkeiten	70 000 000,—	Mk.
Reingewinn	1 050 803,66	Mk.

Aus dem Reingewinn wird eine Dividende von 10 Prozent verteilt. Dem Reservefonds werden 100 000 Mk. zugeführt. Aus dem Vorjahre war ein Vortrag von 243 653 Mark vorhanden; auf das nächste Jahr werden 194 466 Mk. vorgetragen. Die Gesellschaft hat im letzten Jahre erhebliche

Zinsverluste gehabt. Unter Verlust finden wir einen Posten für Zinsen, soweit sie die Ertragszinsen übersteigen, von 1 982 247 Mk. Trotz dieses starken Zinsverlustes hat aber diese Gesellschaft einen Gewinn erzielt, der 10 Prozent vom eingezahlten Aktienkapital übersteigt. Interessant ist ferner das Kapitel „Abschreibungen“. Für Geschäftsinventar war Anfang 1931 ein Posten von 93 361,99 Mk. vorhanden. Zugänge im Jahre 1931 betragen 32 237,19 Mk., macht zusammen 125 599,18 Mk. Im Jahre 1931 sind abgeschrieben 94 599,11 Mark, so daß für das nächste Jahr nur 31 033,07 Mk. bleiben. Trotz der erheblichen Zinsverluste hat die Gesellschaft in diesem Jahre auf Geschäftsinventar mehr abgeschrieben, als das gesamte Inventar am Anfang des Jahres überhaupt an Wert hatte.

Neben der Van-den-Bergh-AG. bringen auch die deutschen Jurgens-Werke, AG., ihren Geschäftsbericht heraus. Wir wollen hieraus nur einige Zahlen herausheben. Ein schließlich eines Gewinnvortrages von 0,80 Mill. Mk. betrug der Gewinn 2,09 Mill. Mk. Aus diesem Gewinn werden für Vorzugsaktien 6 Prozent und für Stammaktien 10 Prozent Dividende verteilt. 0,38 Mill. Mk. werden dem Reservefonds zugeführt und 0,60 Mill. Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Auch dieses ist ein Geschäftsabschluß, der nichts mit Not und schlechter Zeit zu tun hat.

Die beiden Abschlüsse der Hauptgesellschaften der Unilever für Deutschland zeigen also das gleiche Bild wie die Unilever-Betriebe überhaupt. Die deutsche Ju - Gesellschaft weicht infolgedessen von der Regel ab, indem sie für Vorzugsaktien nur 6 Prozent Dividende verteilt, für Stammaktien aber 10 Prozent. Beide Gesellschaften zeigen durch ihren Abschluß, daß auch die deutschen Unilever-Unternehmungen von der allgemeinen wirtschaftlichen Not und von der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht betroffen sind. Sie verteilen die gleiche Dividende wie im Vorjahre und werden auch durch hohe Zinsverluste bei ihrer Gewinnverteilung nicht beeinträchtigt. Auch die deutschen Unilever-Betriebe haben also an einem wichtigen Nahrungsmittel im Notjahr 1931 gut verdient. Wie ist es nun um die Arbeiterschaft in diesen Betrieben bestellt?

Es ist bekannt, daß gerade die Konzern-Margarinefabriken die Betriebe technisch am besten ausgebaut haben. Daneben haben sie die Betriebe organisatorisch umgestellt. Die Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters wird durch die technischen Einrichtungen und durch die Umorganisation der Betriebe ganz anders ausgenutzt, als in früheren Jahren. Die Klagen über die Hitze und Antreiberei bei der Arbeit wollen nicht aufhören. Aus den freien Betrieben hören wir derartige Klagen in diesem Umfang nicht. Daraus ziehen wir den Schluß, daß die menschliche Arbeitskraft in den Konzernbetrieben viel stärker angespannt und ausgenutzt wird, als in den freien Betrieben.

Aus den Geschäftsberichten der Unilever Tochtergesellschaften geht hervor, daß der Absatz befriedigend war. Daraus darf man folgern, daß ein Rückgang bei der Produktion im wesentlichen Umfang nicht eingetreten ist. Das deckt sich mit den Berichten, die wir aus den Betrieben erhalten haben. Immer mehr versucht man, die Produktion in technisch gut ausgebauten Betrieben zu steigern und weniger gut ausgebauten Betrieben stillzuliegen. Trotz erhöhter Leistung wird aber die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben nicht erhöht, sondern eher vermindert.

In fast allen Konzernbetrieben ist im Jahre 1931 die Vierzigstundenwoche durchgeführt. In einem Teile der Betriebe wird sogar nur je Woche 36 Stunden gearbeitet. Mit der gleichen, ja mit zum Teil verringerter Arbeiterzahl wird in den 36 bzw. 40 Stunden wöchentlich das gleiche Arbeitsquantum geleistet, das vor einem, bzw. vor 1 1/2 Jahren in der vollen Woche geleistet wurde. Die Einführung der Vierzigstundenwoche sollte dazu beitragen, Arbeitslosen Plätze zu verschaffen. In den Unilever-Betrieben hat sie lediglich dazu beigetragen, daß die Arbeitskraft der Beschäftigten noch mehr ausgenutzt wird, als früher.

Dazu kommt, daß sich die Margarinearbeiter im Jahre 1931 mit einem Lohnabbau abfinden mußten, und daß sie am 1. Januar 1932 laut Notverordnung noch einmal mit einem Lohnabbau bedacht wurden. Hier zeigt sich recht deutlich das unvernünftige Verfahren, durch Notverordnung die Löhne zu regeln. In Unternehmungen, die im Jahre der schlimmsten Wirtschaftskrise 10 Prozent Dividende verteilen konnten, wurde der Lohn für die darin beschäftigten Arbeiter um zehn Prozent abgebaut. Die Arbeiterschaft der Margarineindustrie kam aber nur deshalb mit 10 Prozent Abbau davon, weil der Lohnabbau im Jahre 1931 erst im August erfolgt war. Sonst wären am 1. Januar 1932 15 Prozent abgebaut worden.

Wir müssen daher zum Schluß folgendes feststellen: Auch im wirtschaftlichen Notjahre 1931 erzielte die Unilever Gewinne, wie sie manche Unternehmungen in den Jahren mit guter Beschäftigung nicht erzielt haben. Die Gewinne wurden verdient an einem wichtigen Nahrungsmittel. Die Arbeiterschaft dieses Industriezweiges aber mußte sich mit einem Lohnabbau in erheblichem Umfang abfinden und mußte dazu noch Kurzarbeit in Kauf nehmen. Die Arbeiterschaft hätte sich mit dieser Kurzarbeit abgefunden, wenn dadurch Arbeitsplätze für ihre arbeitslosen Kollegen frei geworden wären. Hier aber ist die Kurzarbeit nur dazu ausgenutzt, um an Betriebsunkosten zu sparen, damit die Gesellschafter der Unilever bei ihren Gewinnen nicht zu kurz kommen.

E. Senkfeil.

Literarisches

„Kapitalistisches Wirtschaftsleben oder kapitalistisches Wirtschaftssystem“ von Kurt B. ... Preis kart. 0,75 Mk. ...

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Amilin

21. Fortsetzung.

Die Produktion in der Fabrik war ins Stocken gekommen. Wer kauft denn noch Farben, wenn man alle verfügbaren Mittel auf die nationale Verteidigung einstellen muß. Farben waren jetzt weniger wert. Nach dem Kriege würden sie den doppelten Wert haben. Aber jetzt interessierte sich alles nur für Kanonen, Maschinengewehre, Säbel, Granaten und Pulver.

Wieder fand eine Direktionsstiftung statt.

„Meine Herren“, erklärte Direktor Heroff, „die nationale Verteidigung macht eine sofortige Umstellung der Betriebe erforderlich. Sämtliche verfügbaren Werkstätten sind in kürzester Frist auf die Produktion von Granaten umzustellen, ebenso müssen einzelne Farbenbetriebe möglichst bald die Pulverfabrikation aufnehmen. Die Lager sind feuerfester abzusichern und für die Füllung der Granaten einzurichten. Ich behalte mir vor, selbst einen Betrieb für die Herstellung von Kampfgasen zu organisieren. Die erforderlichen Arbeiten sind ohne Rücksicht auf Arbeitszeit, Personal und Betrieb zu bewerkstelligen. Die Nation verlangt in dieser großen und ernsten Zeit den gesamten Einsatz von Material und Menschen. Es wäre unpatriotisch, jetzt, wo unsere braven selbigen Soldaten Gut und Blut fürs Vaterland in die Schanze schlagen, hintanzufekeln.“

Und bald kam wieder Leben in die Fabrik. Die meisten Betriebe wurden umgestellt. Es wurde fieberhaft gearbeitet, und dann summten die Drehbänke. Meterhoch stapelten sie die Granaten daneben auf. In den Büten und Schmelzkesseln schwärzten die Pulvermischungen, in den feuerfesteren Lagern wurden die Granaten und Kartuschen gefüllt. Männer, Frauen, junge Burischen und Mädchen, halbe Kinder noch, seilten, drehten Granaten. Andere füllten sie mit dem giftigen Tod. Dann wurden sie hinausgeschafft zu den Vätern, Brüdern und Liebsten an die Front. Die aber jählos damit ihre Brüder auf der anderen Seite zu Krüppeln. Mancher Vater drehte eine Granate, die an der Front den eigenen Sohn zerriß.

Manches Mädchen füllte eine Granate, die, zu kurz gezielt, den eigenen Liebsten zum armen Krüppel schloß.

Aber das war nicht von Belang. Die Hauptsache war, daß in der Fabrik Granaten fabriziert wurden. Nicht zum Profit der Fabrikherren — der wurde schon nicht zu knapp kalkuliert — nein, damit das Vaterland endgültig den Sieg über seine Feinde erringe. Das war in allen Fabriken, in allen kriegsführenden Ländern so.

Der Fabrik war alle Ruhe, alle Sicherheit genommen. Es war gerade, als hätte in ihren Räumen ein Verbrecher eine Bombe gelegt, die jederzeit explodieren konnte. Nichts stand mehr still. Alle Räder, Transmissionen, Kessel, Motoren und Treibriemen waren in Bewegung. Jeden Tag strömten neue, unbekanntere Menschen durchs Fabrikator. Alte Männer, verhärmte Frauen, junge Mädchen und blutjunge Burischen, fast noch Kinder. Zu jeder anderen Zeit hätte die Fabrik ihre helle Freude an diesen jungen, kühnen Mädchen gehabt. Aber jetzt konnte sie sich nicht freuen. Diese jungen Menschen waren auch nicht mehr fröhlich, hatten keine frischen, roten Wangen mehr, und waren so gelb, so pikant gelb, wenn sie abends wieder müde und hungrig durchs Fabrikator gingen. Sie waren ja schon am Morgen hungrig in die Fabrik gekommen.

Auch der junge Rudolf Gohler hatte seinen ersten Schritt von der Schulbank ins Leben tun müssen. Und weil er ein Proletarierjunge war, führte ihn dieser Schritt in die Fabrik. Der Junge war groß und stark gewachsen, freundlich und zuvorkommend, geistig rege. Er hatte sehr gute Talente, besaß Intelligenz und wäre zum Studium sicher berechtigter gewesen als mancher Herrschon. Es kommt leider sehr selten vor, daß ein begabter Proletarierjunge zu einer besseren Schulbildung gelangt. Auch da spielt das Geld eine Rolle. Wer viel oder genügend davon hat, kann auch einem weniger begabten Sohne Bildung einstopfen lassen. Ob ein solcher Junge im späteren Leben etwas leistet oder vieles verkehrt macht, darauf kommt es nicht so sehr an. Bei vielen ist es schade für die Zeit, die an ihnen zum Einblenden einiger Brocken Wissen vergebend wird, und noch mehr schade um die Lehrer, die das Einblenden besorgen müssen.

Der junge Gohler kam also mit noch vielen anderen seines Alters in die Fabrik. Sein Vater hatte für ihn um eine Lehrstelle nachgesehen. Da der Junge gute Zeugnisse aufweisen konnte, kam er ohne weiteres in die Lehrlingswerkstatt als Schlosserlehrling.

Rudolf war nicht so erban von dem Verufe, den er da erlernen sollte. Er hätte viel lieber eine Beschäftigung gehabt, die ihn geistig mehr in Anspruch genommen hätte. Etwas wie sein Schulkollege Robert Kastner, der ins Büro kam als Kaufmannslehrling, trotzdem der immer der Letzte ihrer Klasse war. Nun ja, dessen Vater war auch Bäckermeister.

Am liebsten hätte Rudolf überhaupt keine Handarbeit verrichtet, nur immer so vor sich hin summiert oder in einem großen Stog Bücher herumgeschmökert. Immer schon hatte er in seines Vaters wenigen Büchern geschöbert, hatte die ganze Fabrikbibliothek schon abfoliert; natürlich nur Bücher sachlichen und belehrenden Inhalts. Romane las er nur selten, und über die Did Wamerlies seiner Jugendkollegen war er längst hinaus. Einmal hatte er von dem Bibliothekar „Das Kapital“ von Marx verlangt. Da hatte ihn dieser willkürlich über die Brille angesehen und gesagt: „Junge, leu' erst mal deine Bibel, ehe du das Revolutionsanfängli!“ Das hatte ihn jähbar gekränkt.

Er durfte sich noch nicht einmal beschweren. Ein großer Teil seiner Schulkollegen konnte kein Handwerk erlernen, mußte gleich als Tagelöhner mitverdienen helfen. Sein bester Schulfreund, der mit ihm gleich gut lernte, Franz Kömmling, kam in die Füllerei. Zwei von seiner Mädchenklasse, Sanny Lorenz und Grete Warmuth, kamen in die Pulverräume. Auch die beiden ältesten Töchter Bastians waren dort beschäftigt.

Mit seinem hungrigen Magen und seiner ebenso hungrigen Seele fand er nun am Schraubstock, lernte feilen, sägen, bohren, mit der Stahläge hantieren, mit dem Schweißapparat umgehen, den Vorschlaghammer schwingen. Abends war er müde und hungrig. Seine Hände bekamen Schwielen, wurden hart, seine Muskeln zü und straff. Mit der Zeit gewöhnte er sich jedoch an die Schlosserarbeit. Und je mehr die Schwielen in seinen Händen sich abschürften, desto stärker und schmerzlicher fühlte er sie in seiner Seele.

Der Meister war ein harter, kommissgrober Mensch. Gewiß, die Lehrlinge sollten etwas lernen. Viel Geduld und Rücksicht gehörte dazu, einem Duzend junger Menschen vorzusehen. Und die hatte der Meister eben nicht. Außerdem fühlte er sich dazu berufen, seine Lehrlinge außer Fräßen, Feilen, Bohren, Schweißen und Schweißern zu lehren, sie auch an die spießbürgerliche Justiz und Ordnung zu gewöhnen. Das gab dann um so willigere, zufriedener schmeckende Arbeitstücken.

Rudolf's Meister war außerhalb der Fabrik noch Führer der Jugendwehr, also der für die Lehrlingszeit „geeignete“ Mann. Von morgens bis abends war er hinter seinen Baben her, wasserte und brüllte sie an. Nicht ein einziges gutes Wort bekamen sie von ihm zu hören. Würde einer gerufen, mußte er im Eilmarisch heranzukommen, auf den Pfiff hatte er sie eingedrückt. Nachts einer etwas verkehrt oder nicht sauber genug, gab es Prüfte und Rippenknöcke. Bekam er eine Arbeit zugewiesen, die über seine Kraft ging, schloß er, er wurde zu angesehener Jüngling, wie Schlappschwanz, Hoken, Schiffer, Fandels, Rudolph und so weiter. Darum waren sie alle eingeschüchtert, liefen wie bestene, wenn die Stenorkrinne des Meisters erkante.

Roman von Fritz Molnar

Rudolf Gohler stand am Schraubstock, drehte Gewinde, bohrte Löcher in eiserne Träger, zerrte sich ab mit der Stahläge, schwang den Vorschlaghammer. Bei allen diesen Arbeiten war er nur mit halben Gedanken. Die andere Hälfte war gar nicht in der Fabrik; die irrte irgendwo in einem Buch herum oder nagte an irgendeinem Problem, das ihn quälte, weil er es nicht verstand.

Da war der Krieg gekommen. Ein Raufsch hatte die Menschen erfasst. Unter nicht endenwollendem Jubel sahen die Zurückbleibenden die Soldaten ins Feld ziehen. Besonders die Jugend sah all das erfüllt, wofür man sie begeistert hatte. Auch Rudolf hatte tausendmal mit Hurra geschrien, sich hundertmal ein paar Jahre älter gewünscht, als er war, und fast mit Reid auf die Gehen, die marschieren durften. Und doch quälten auch wieder Zweifel seine Seele und machten ihn unruhig. Hatte nicht vielleicht doch die Rednerin von damals recht? Ist es vielleicht doch gar nicht so, wie man es sie in der Schule gelehrt hat?

Manchmal zwang er auch seine Gedanken voll und ganz auf seine Arbeit. Das war, wenn er vom Meister einen Auftrag erhielt, der ihn interessierte. Dann konnte er sein ganzes Talent, seine innere Persönlichkeit in seine Arbeit legen; seine Umgebung schien er dann zu vergessen. Hatte er dann seine Aufgabe erledigt, betrachtete er sich das fertige Stück. Es war ihm, als wenn jemand aus einer Ohnmacht erwacht und nicht gleich weiß, wo er sich befindet.

Da hatte er nun seine ganze Kraft, seine Persönlichkeit auf das Stück verwendet, er hatte sozusagen ein Stück von sich selbst in das fertige Stück Arbeit eingeträgt, eingehämmert. Und doch war es nicht sein Stück, er hatte nichts davon gehabt, als Fleiß und Aufmerksamkeit, und würde auch nichts für erhalten, als ein paar Bettelpennige, die kaum einen Tag zum Leben für ihn reichten. Das grante und quälte ihn innerlich und nahm ihm wieder alle Freude an seinem Beruf. Sein junges, unverdorbenes Gemüt fühlte den Widerspruch, der zwischen dem in der Schule eingeimpften Phrasen und der nackten Wirklichkeit bestand. Wie der Mond sich bei einer Sonnenfinsternis zwischen Erde und Sonne stellt, so schob die Fabrik sich zwischen seine Neigungen und Ideale. Wie Kolobde tanzten Schraubstock, Werkzeug und Werkstoff vor seinem juchenden Geist herum. Hilflos kam er sich vor, so hilflos, daß er hätte aufschreien mögen. Der ihn aber hätte verstehen, ihm helfen, ihn beraten können, sein Vater, der stand an der Front. „Gohler, zum Donnerwetter, nicht so in den Tag gestimpe! Her, und den Vorschlaghammer erwisch, damit der Schlaf aus dem Kiffel springt!“ rief ihn der Meister oft aus seinem Dösen. „Am Schraubstock steht er und döft, als stamme er von einem Affenfleiner ab!“ Mit diesen Worten legte er ein Stück glühendes Stabeisen auf den Amboss und ließ den Jungen so lange mit dem Vorschlaghammer drauflos hämmern, bis er zu schweigen begann. Mit solchen Methoden glaubte er seinen Lehrlingen Fleiß und Liebe zur Arbeit beizubringen. Jeder Schlag traf den Jungen innerlich und hämmerte ihm den letzten Rest von Arbeitsfreude für die Fabrik kaputt. An solchen Abenden kam Rudolf müde und abgepannt nach Hause.

Frau Gohler kam ganz außer Fassung. Der Junge machte ihr Sorgen. Er sah bleich und angegriffen aus, konnte stundenlang auf der Herdbank sitzen und träumen. Sie war eine einfache Frau, wußte nicht, warum ihr Junge so einfüßig und fräurig war. Sie hatte ja genug an ihrem Gram zu tragen. Der Mann im Felde, die beständige Angst um sein Leben, die Sorge um Brot und Kleidung, das zehrte an ihr, wie an allen Müttern. Sie wußte sich keinen Rat mehr, weinte halbe Nächte in die Kissen. Jetzt gingen die wenigen Sparspennige zu Ende. Sie grubelte darüber nach, wo sie die nächsten Tage das Brot hernehmen sollte. Der zweite Sohn und das Mädchen waren ja noch schulpflichtig. Nachselang lag sie wach, ihr war so elend zumute, so herbenselend, und der Mann im Felde und diese unerträgliche Angst im Herzen.

Eines Morgens schenkte sie ihrem Rudolf mit verweinten Augen seinen Malzkaffee ein. Während er, wie immer, vor sich hinstarrte, seine Tasse leerte, stand sie hinter ihm, schluckte und schluckte, wollte ihm etwas sagen. Aber sie konnte nicht. Sie brachte es nicht über sich, ihm zu sagen, daß sie ihm heute kein Frühstücksbrot mitgeben könne, weil sie das Brot sparen mußte und das Geld. Sie hatte selbst schon seit Tagen nur einige Bissen zu sich genommen.

Dann merkte es der Junge doch, sah in ihre verweinten Augen. Mit einem Satz sprang er auf, nahm ihre Hand, streichelte ihr verhärmtes Gesicht. „Mutter, Mutter, was ist?“ „Ja, kam ihm ein Gedanke. „Der Vater — Mutter! Der Vater?“ Er wagte den Gedanken nicht auszusprechen.

Wie sie in seine starren Augen sah, begriff sie sofort und zwang sich zu einem Lächeln. „Nein, Bub, der Vater ist noch gesund. Aber — aber ...“, wieder kamen ihr die Tränen, „ich kann ... nicht!“

„Mutter, sag, was kamaft du nicht?“

Da warf sie sich ihrem Jungen an die Brust und gestand ihm bitterlich schluchzend, daß sie ihm kein Frühstücksbrot mitgeben könne.

„Warum denn nicht, Mutter?“

„Wir müssen sparen, Rudolf! Das Brot und Geld. Wir haben ...!“

Da richtete sich dieser sonst so gedrückte Junge groß und straff auf. „Warum hast du mir das nicht gleich gesagt, Mutter? Das Brot, ja, das werden wir sparen müssen, aber das Geld!“ In seinen Augen blitzte es. „Mutter, das Geld sollst du nicht sparen. Ich gebe in die Munition!“ Und fort war er.

In der Fabrik wurde seit Monaten mit Hochdruck gearbeitet. Immer mehr Drehbänke wurden eingerichtet, immer mehr Räume für die Pulverfabrikation umgestellt. Fast sämtliche Lager wurden in feuerfesteren Räumen umgebaut, in denen die Granaten gefüllt wurden. Immer mehr Männer, ganz alte und ganz junge, strömten morgens hungrig in die Fabrik und abends hungrig wieder hinaus. Ungelähmte Frauen und Mädchen schafften ebenso hungrig wie die Männer mit pikantgelben Händen und Kleidern in den Munitionsräumen. Auch die Farbenbetriebe hatten wieder voll zu tun. Die Aufträge aus dem neutralen Ausland liefen jetzt doppelt und dreifach ein. Die Fabrik hatte schon in Friedenszeiten Wert auf reelle und prompte Belieferung ihrer Kunden gelegt. Deshalb wurden auch jetzt alle Kunden so gut es ging beliefert. Nur auf die Qualität wurde nicht mehr so genau gesehen. Das, was die neutralen Kunden mit den Unwegen Farbstoffen wachten, ging die Fabrik nichts an. Es wird doch keiner so unpatriotisch sein und der Firma einen Vorwurf machen, wenn die neutralen Kunden ihre Waren für läudliches Geld an den Feindbund verkaufen. Das beweist höchstens, wie läppellos und gehässig die Feinde Deutschlands ihren Vernichtungskampf führen. Für die Fabrik kam lediglich der Profit und der „Dienst am Vaterland“ in Betracht.

Alle Räder, alle Maschinen, Transmissionen, Stahlmühlen, Rührwerke brummen tage-, wochen-, monatelang. Die Fabrik war ununterbrochen in Betrieb. Die Räder, Maschinen, Kolben und Kugellager ächzten und stöhnten, weil kein Fett und kein Öl zum Schmieren mehr da war.

Auch die Menschen ächzten und stöhnten an den Drehbänken, in den Pulverräumen und Fülllagern, weil kein Fett, kein Öl, kein Fleisch und Brot, keine Kartoffeln und nichts mehr da war. Sie fielen oft vor Hunger um. Jeden Tag gab es Verlesse und Lote. Einmal slog ein Pulverraum in die Luft. Dreizehn zerrissene Leiber lagen sie dort, weiß Frauen und Mädchen. Was war das, wo drängen an der Front handerltausende Feinde mußten? Da gab es keine Untersuchung, wie damals, als das Karlehen vernichtet wurde.

wäre auch nicht anzunehmen gewesen, daß die Frauen und Mädchen Sonntags dem Alkohol zusprachen, einfach weil es keinen mehr gab.

Immer weiter brummen, ächzten, stöhnten die Maschinen, Motoren und Drehbänke, immer schauerlicher trommelten die Kugeln in den Stahltrommeln der Teufelsmühle: „Mord — Profit — Profit und Mord!“

Rudolf kam also mit knapp sechzehn Jahren an die Drehbank zu den Granaten. Zwölf, vierzehn Stunden drehte, fräste er die Eisenhänden zurecht. Manchmal war er dem Zusammenbrechen nahe. Sein Wille jedoch zwang den Körper in die harte Fron. Und hart wurde auch seine Seele, sein Gemüt, sein Stolz.

Er sah und fühlte, daß seine Arbeitskollegen ebenfalls ausgemergelt wurden, sah und hörte Rohes, Gemeines und nur selten Gutes. Er nahm auch den Spott und den Hohn in sich auf, mit dem seine Arbeitskollegen in allen möglichen Kriegsreimen ihre Unzufriedenheit von sich gaben. Sie und da sprach er auch mit seinen Schulfreunden. Franz Kömmling hatte sich ebenfalls in die Munition gemeldet. Scherting hatte ihn aber nicht fortgelassen. Er hatte deshalb in den Sack gehauen. Grete Warmuth und Sanny Lorenz klagten ihm ihr Leid. Ganz gelb und herunter waren sie; trotzdem sie weiße Blusen aus Kunstseide trugen, der einzige Stoff, der noch ohne Karte zu haben war. Es wäre nicht mehr auszuhalten im Piktin, sagten sie. „Das Letzte würde von den Frauen und Mädchen verlangt, und oft sogar noch mehr, was sie allerdings nicht täten. Die es aber täten, bekämen immer mehr und besseren Akkord von den Meistern gutgeschrieben, den man den anderen, die nicht willig sind, abziehen würde.“

Rudolf sah also, wie alles Schöne, Gute im Menschen niedergetrampelt wurde. Er sah, wie die Menschen selbst niedergetrampelt, zerstampft und verewaltigt wurden von dem unerfährlichen Moloch Krieg. Die Menschen waren wertlos geworden, ausgemergelte Gestalten aus Haut und Knochen, die kriepieren konnten, wenn sie genügend Munition und Granaten fabriziert hatten. Sie litten an chronischem Hungertypus, wurden siech und krank, starben zu Tausenden. Hunger, Elend, Krankheiten, Trauer und Schmerz prägeln das Volk geistig bewußlos. Alles Sittliche, Moralische und Religiöse wurde umgewertet, aufgehoben. Die Menschheit steuerte rettungslos, getrieben von einer ulerlosen Bestialität, in den Abgrund. Die gesamte bürgerliche Ordnung machte auf eine barbarische Art und Weise bankrott. Alles, was man unter dieser Ordnung geschrieben, gepriesen, gelehrt, gepredigt und verkündet hatte, wurde durch den Krieg so bloßgestellt und entlarvt, daß nur die grinsende Elendsfrage der Anarchie übrigblieb, die in diese Ordnung mit eingeschlossen war.

Eine geistige, sittliche und religiöse Erneuerung brachte das Stahlbad den Völkern, schrieb und redete man vorher. Die Stahlgewitter brachten eine erfrischende Reinigung von jeglicher internationalen Phantasterei und eine grünlische Heilung von der materialistischen Begehrlichkeit der Masse.

Allenthalben, schrieb eine fromme Zeitung nach der Mobilmachung, sehe man ein Aufleben religiösen Gefühls. Die Kirchen füllten sich wieder, der Sakramentenempfang wachse und so noch mehr Erbauliches für einen Pastor.

Rudolf Gohler fühlte das alles und nahm es in sich auf. Er saugte all das Schlechte, Rohes, Gemeine in seine hungrige Seele wie eine Saugpumpe das Wasser in ihre luftleeren Zylinder. Es garte in ihm wie ein Gemisch in einem Schmelzkessel unter dem Druck von Atmosphären und schuf jene innere Wandlung in ihm, die die gesamte Kriegsjugend durchmachen mußte. Die Erkenntnis wuchs in ihm und flammte zu der Gewißheit auf, daß man sie den falschen Weg geführt und in eine Ordnung gepreßt hatte, die keine Ordnung ist, weil sie auf die falschen Gleise des Profits eingestellt war. Jedem Munitionsarbeiter war es längst klar, daß alles nur Lug, Betrug und Blendwerk war, um die innerlich korrupte, angefaule Gesellschaftsordnung vor dem Niedergang zu bewahren.

Eines Tages — der Krieg dauerte schon Jahre — kam eine fürchterliche Nachricht. Rudolf's Vater war schwer verwundet und Stephan Purzell gefallen. Frau Purzell fiel aus einer Ohnmacht in die andere. Stundenlang lag sie in den Kissen, von Weinkrämpfen geschüttelt. Ihre Brust schien ihr wie von Riemen zusammengeknüpft. Ihr gemartertes Herz suchte, als ob es mit Stahlruten gequält worden wäre. Jeder Herzschlag war ein Hammer Schlag qualvergrämter Last. Nach Tagen war sie nur noch ein Schatten ihrer selbst. Wie eine schmerzreiche Madonna schlich sie umher. Schier zusammenbrechen wollte sie unter ihrer Last, die gleich ihr so viele Mütter und Frauen tragen mußten.

„Beim Sturm auf den Kammberg ist Ihr Mann fürs Vaterland gefallen“, hieß es in der Zuschrift seines Kompanieführers.

Er, der nicht marschieren wollte und dann doch einer der ersten war, die marschierten, er, der „vaterlandslose Geselle“, hatte sein Leben für dieses Vaterland geopfert. Das war an demselben Tage, an dem der später glückliche Wilhelm weit hinten am Scherenferntroh mit zusah, wie seine ärmsten Söhne, darunter viele „vaterlandslose Gesellen“, in einer entsehllichen Schlächterei fürs Vaterland verbluteten!

XIV.

Vier Jahre lang dauerte die Passion der Völker. Die Arbeiter der kriegführenden Länder hatten alles verloren: Leben, Gesundheit, Familie und Glück. Und als fast nichts mehr zu verlieren war, kam die Katastrophe. Deutschland war in diesem gigantischen Ringen um Kohle, Eisen, Öl, Profit und Macht unterlegen. Trotzdem waren auch die Arbeiter der Siegerstaaten unter den Besiegten. Geseigt hatten nur ihre Kapitalisten. Die Vorherjagen, die Warnungen der Mairebnerin waren also reiflos in Erfüllung gegangen. Die Kapitalisten aller Länder hatten nicht nur doppelt und dreifach, nein, millionenfach hatten sie verdient. An Munition und Granaten, Zündern, Kanonen, Stachelrath, Stahlhelmen und Gasmasken, an Gas- und Fliegerbomben, Militärstützeln, Tornistern, Särgen und eisernen Kreuzen. Jetzt schickten sie sich an, zum drittenmal zu verdienen. An den geschossenen Ortschaften, am zerstörten Gelände, an zerstörten Kirchen, Denkmälern und Friedhöfen. Jawohl — auch an Friedhöfen und gefallenen Soldaten! Von den Arbeitern aller Länder hatte nur die deutsche Arbeiterschaft etwas gewonnen, das war ihre politische Freiheit.

Jährlings war die Katastrophe über die bürgerliche Ordnung in Deutschland hereingebrochen. Wenn unter einem mächtigen Turme das Fundament nachgibt, weil es aus irgendeinem Grunde nicht mehr tragfähig ist, kniffert und ächzt es vorher im Gedälk, dann legt der Turm sich langsam zur Seite und bricht zuletzt unter donnerndem Getöse zusammen, seine Bewohner unter sich begrabend, wenn sie sich nicht vorher in Sicherheit brachten. So war es auch mit dem Turme der Monarchie in Deutschland, den Gewalt, Willkür, Despotismus und absolute Herrschaft aufgebaut hatten. Erst knifferte, rannorte es in seinen Fugen, dann stürzte er mit lautem Gepolter zusammen. Nur ließ er seinen Erbauern gerade noch soviel Zeit, damit sie in ihrer maßlosen Angst nach allen Seiten aneinanderfächelten konnten.

Aus seinen Trümmern restete dann die deutsche Arbeiterschaft ihre politische Freiheit. Fast kampflos war sie ihr zugefallen.

Am Ende war die Hauptsache geblieben. Das war die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die war nicht zusammengestürzt. Die stand immer noch fest und wurde gestützt von den Freunden dieser Ordnung in anderen Ländern. Nur eine Säule war geborsten. Sonst nichts.

Aber, statt daß die Arbeiter mit aller Macht, die ihnen durch ihre politische Freiheit gegeben war, darangingen, auch die zweite Säule, die kapitalistische Warenproduktion in ihre Gewalt zu bekommen, statt dessen arbeiteten sie unter dieser Freiheit gegen diese Freiheit.